

Kinderarmut in Deutschland: mehrdimensionale Erscheinungsformen und sozialräumliche Ausprägungen

Butterwegge, Carolin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Butterwegge, C. (2017). *Kinderarmut in Deutschland: mehrdimensionale Erscheinungsformen und sozialräumliche Ausprägungen*. (FGW-Studie Integrierende Stadtentwicklung, 1). Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V. (FGW). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-66397-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



Carolin Butterwegge

Kinderarmut in Deutschland

Risikogruppen, mehrdimensionale Erscheinungsformen und sozialräumliche Ausprägungen

Herausgeber



FGW – Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung e.V.
Kronenstraße 62
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 99450080
E-Mail: info@fgw-nrw.de
www.fgw-nrw.de

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Prof. Dr. Till van Treeck

Themenbereich

Integrierende Stadtentwicklung

Themenverantwortliches Vorstandsmitglied

Prof. Dr. Heike Herrmann

Förderung

Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

ISSN

2512-4749

Erscheinungsdatum

Düsseldorf, April 2017

Carolin Butterwegge

Kinderarmut in Deutschland

Risikogruppen, mehrdimensionale Erscheinungsformen und sozialräumliche Ausprägungen

Auf einen Blick

- Kinderarmut in Deutschland ist ein permanent drängendes sozialpolitisches Problem. Rund jedes vierte Kind ist betroffen und es gibt einige Forschungsansätze, um Armut analytisch und methodisch auch mehrdimensional zu erfassen.
- Die Studie identifiziert die Hauptrisikogruppen aus Erwerbslosen- und alleinerziehenden Familien und erörtert, inwiefern die Flüchtlingszuwanderung die Kinderarmut verändert.
- Aktuelle Forschungsbefunde verdeutlichen, wie eingeschränkt und benachteiligt sich die Lebenslagedimensionen des Wohnens, der kulturellen Entfaltung sowie der Freizeitmöglichkeiten für Kinder aus armen Familienverhältnissen darstellen.
- Die sozialräumlichen Trends der Konzentration von Kinderarmut in ohnehin benachteiligten Gebieten und Regionen illustrieren, dass Armutsbekämpfung auch regional differenziert und zielgerichtet ausgestaltet werden muss.

Abstracts

Kinderarmut in Deutschland – Risikogruppen, mehrdimensionale Erscheinungsformen und sozialräumliche Ausprägungen

Kinderarmut, in Deutschland ein sozialpolitisches Problem ersten Ranges, wird von der Armutsforschung methodisch und analytisch sowohl als familiäre Einkommensarmut als auch mehrdimensional auf Kindesebene erfasst. Die Expertise zeigt, dass Kinder und Jugendliche aus Erwerbslosen- und alleinerziehenden Familien die Hauptrisikogruppen sind, und geht der Frage nach, inwiefern die Flüchtlingszuwanderung die Kinderarmut vermehrt. Aktuelle Forschungsbefunde verdeutlichen, wie eingeschränkt und benachteiligt sich die Lebenslagedimensionen des Wohnens, der kulturellen Entfaltung sowie der Freizeitmöglichkeiten für Kinder aus armen Familienverhältnissen darstellen. Je früher und länger diese Benachteiligung auftritt, umso ausgeprägter sind die oftmals lebenslangen Folgen etwa in Bezug auf Bildungsbenachteiligung und dauerhafte Armutsrisiken. Die sozialräumlichen Trends der Konzentration von Kinderarmut in ohnehin benachteiligten Gebieten und Regionen illustrieren, dass Armutsbekämpfung auch regional differenziert und zielgerichtet ausgestaltet werden muss.

Child poverty in Germany – High-risk groups, multidimensional forms of appearance and socio-spatial peculiarities

Child poverty, a major challenge for social politics in Germany, is addressed by methods and analysis of research on poverty on two levels: low income families and the multi-faceted child perspective. This study shows that children and adolescents from unemployed and singleparent families are most at risk and investigates to what extent increased numbers of refugees contribute to child poverty. Current research illustrates that children from poor families are severely limited and disadvantaged in the areas of housing conditions, cultural participation and leisure activities.

The earlier this situation occurs and the longer it persists, the more pronounced are the lifelong disadvantages in terms of education and permanent risk of poverty. The trend towards a concentration of child poverty in areas that are already plagued by social problems shows that poverty must be combatted in a targeted way and differentiated by region.

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	iv
Tabellenverzeichnis	iv
Abkürzungsverzeichnis	v
1 Einleitung	1
2 Kinderarmut in Deutschland	2
2.1 Methodenvielfalt, um Kinderarmut mehrdimensional zu erfassen.....	2
2.2 Risikogruppen für Kinderarmut.....	3
2.3 Flüchtlingskinder als neue Armutsrisikogruppe?.....	5
3 Lebenswelten von Kindern in Armut	12
3.1 Wohnen und Wohnumfeld in Armutskontexten.....	12
3.2 Kulturelle Lage und Bildungsteilhabe.....	15
3.3 Freizeitaktivitäten.....	17
4 Sozialräumliche (Kinder-)Armutstrends	22
5 Zusammenfassung und Fazit	28
Literatur	30
Über die Autorin	37

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Flüchtlingskinder nach Herkunftsgebiet	8
Abbildung 2: Armutsquoten von Familien nach früherer Staatsangehörigkeit in % 2015	9
Abbildung 3: Einwandererkinder im SGB II („Hartz IV“)	10
Abbildung 4: SGB-II-Quoten* in den Gemeinden in NRW 2013	24
Abbildung 5: SGB-II-Quoten* in den Bezirken** in NRW 2013	25

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Armutsrisiken der minderjährigen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen 2010 und 2014 gemessen am Landesmedian (in %).....	4
Tabelle 2: Asylantragszahlen 2009 bis 2016	6
Tabelle 3: Asylersanträge nach Alter und Geschlecht, Januar bis August 2016	7
Tabelle 4: Freizeitaktivitäten (mindestens einmal wöchentlich) der Jugendlichen nach ausgewählten Merkmalen und aktueller Armut - 2009/10.....	19

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
AG	Arbeitsgruppe
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage der Bundeszentrale für politische Bildung in der Wochenzeitung Das Parlament
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BuT	Bildungs- und Teilhabepaket
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit
ISS	Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik
MAIS NRW	Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
sog.	sogenannt
SGB	Sozialgesetzbuch
UNICEF	United Nations Children’s Fund
UMF	unbegleiteter minderjähriger Flüchtling
vs.	<i>versus</i> (lateinisch): gegen(übriggestellt)
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung

1 Einleitung

Die stabil hohe Armutsbetroffenheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland ist ein sozialpolitisches Problem ersten Ranges, dessen individuelle Folgen für betroffene Heranwachsende und dessen gesamtgesellschaftliche Auswirkungen auf die Sozialstruktur sich weiter entfalten. Die vorliegende Expertise geht dabei im ersten Teil den Fragen nach, wie Kinderarmut forschungsanalytisch erfasst werden kann, welche Risikogruppen es gibt und inwiefern die jüngste Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden die Kinderarmut in Deutschland insgesamt verändern wird. Der zweite Abschnitt stellt Befunde der Kinderarmutsforschung zu Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen in Armut in den Lebenslagedimensionen des Wohnen und Wohnumfeldes, zur kulturellen Lage und Bildungsteilhabe sowie zu Freizeitaktivitäten vor. Sie verdeutlichen, welche Folgen familiärer Armut sich bei Kindern und Jugendlichen als individuelle Erscheinungsformen abzeichnen. Der dritte Abschnitt zeichnet drei sozialräumliche Trends der (Kinder-)Armut nach, die für die Entwicklung von Handlungsstrategien zur Eindämmung der Problematik relevant sind: erstens die sich angleichenden Niveauunterschiede bei der Armutsrisikoquote¹ in ost- und westdeutschen Bundesländern sowie die Auseinanderentwicklung derselben zwischen den Bundesländern; zweitens die Spaltung zwischen den Regionen sowie zwischen Stadt und Land; und drittens die kleinräumige sozialräumliche Segregation innerhalb von Städten und Gemeinden.

¹ Diese wird auch Armutsgefährdungsquote oder Armutsquote genannt und bezeichnet den Anteil von Personen, die in Haushalten unterhalb der Einkommensarmutsschwelle leben.

2 Kinderarmut in Deutschland

Mit der Feststellung Richard Hausers, die Infantilisierung sei der neue Armutstrend in Deutschland, wandte sich die Armutsforschung hierzulande erstmals dem Phänomen der wachsenden Kinderarmut in Deutschland zu (vgl. Hauser 1989, S. 126). Einen zweiten Meilenstein ihrer Thematisierung bildete 1998 der Zehnte Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, der regierungsamtlich die Existenz und sozialpolitische Brisanz der hohen Armutsbetroffenheit von Kindern und Jugendlichen² konstatierte (vgl. BMFSFJ 1998, S. 90). In dessen Folge etablierte sich Ende der 1990er-Jahre eine eigenständige Kinderarmutsforschung, die eine solche Dynamik entfaltete, dass man gar von einem Forschungsboom sprechen kann. Seither sind einige wenige empirische Studien hierzu erschienen und eine große Zahl von Veröffentlichungen, welche „in keinem Verhältnis zu den vorhandenen empirischen Grundlagen“ steht (Laubstein et al. 2016, S. 73).

2.1 Methodenvielfalt, um Kinderarmut mehrdimensional zu erfassen

In der Armutsforschung wird Kinderarmut hierzulande fast ausschließlich als *relative* und nicht als *absolute* Armut untersucht, weil sie sich in der Regel nicht als eine die physische Existenz bedrohende Notlage (wie in der sog. Dritten Welt), sondern als differenziell benachteiligte Lebenslage in Relation zu gesellschaftlichen (Versorgungs-)Standards manifestiert. Mit Blick auf physische und psychosoziale Notlagen von auf der Straße lebenden Jugendlichen (auch mit Migrationshintergrund) und ausländischen Familien ohne Papiere sollte die These ausschließlich relativer Armut jedoch hinterfragt werden (vgl. Schönig 2005; Butterwegge 2011a, S. 133).

Inzwischen stellt sich nicht mehr die Frage, ob es Kinderarmut in Deutschland tatsächlich gibt, sondern wie sie analytisch und methodisch zu erfassen und zu messen ist (vgl. auch Tophoven et al. 2016, S. 9-14). So dominiert innerhalb der am weitesten verbreiteten Ressourcenkonzepte zur relativen Armut in der Forschung die Definition, der zufolge solche Kinder arm oder auch ‚armutsgefährdet‘ sind, die in Haushalten mit weniger als 60 Prozent des Medians vom sogenannten Nettoäquivalenzeinkommen leben. Der Mikrozensus, Kernstück der amtlichen Sozialberichterstattung, beziffert diese sog. Armutsschwelle für das Jahr 2014 auf rund 917 € für einen Singlehaushalt (vgl. Der Paritätische Gesamtverband 2016a, S. 14). Während die Armutsrisikoquote der Gesamtbevölkerung, also der Anteil von Personen mit einem Haushaltseinkommen unterhalb dieser Armutsschwelle, bei 15,4 Prozent lag, lebten mit 19 Prozent überdurchschnittlich viele Unter-18-Jährige oder mithin fast jedes 5. Kind in derlei ‚armutsgefährdeten‘ Haushalten.

² In Anlehnung an den internationalen Gebrauch des *Children*-Begriffs werden für die bessere Lesbarkeit im Folgenden alle Unter-18-Jährigen, d. h. nach deutschem Recht Minderjährige, unter dem Terminus ‚Kinder‘ erfasst.

Ein zweiter durchaus gebräuchlicher Armutsindikator, der Anteil von Personen in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften, weist eine Zahl von rund 1,65 Mio. Unter-15-Jährigen aus, die im Dezember 2015 in SGB-II-Bedarfsgemeinschaften (landläufig ‚Hartz-IV-Haushalte‘ genannt) lebten, was rund 15,5 Prozent aller Gleichaltrigen entspricht (vgl. BIAJ 2016). Obwohl Armut sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch in der Armutsforschung oftmals mit dem Bezug von SGB-II-Leistungen gleichgesetzt wird, sind die Gruppen ‚armer Kinder‘, berechnet als jene aus Haushalten mit weniger als i. d. R. 60 Prozent des Medianeinkommens sowie jene aus Haushalten mit Bezug von SGB-II-Leistungen, nur bedingt deckungsgleich (vgl. Lietzmann et al. 2011, S. 4). Die Zusammenführung der Daten aus beiden Armutsdefinitionen, d. h. des Anteils der unter-15-jährigen Kinder, die entweder in armutsgefährdeten und/oder in SGB-II-Haushalten leben, ergibt rund 25 Prozent, also etwa jedes vierte Kind in Deutschland (vgl. Tophoven et al. 2016, S. 17).

Die individuellen Auswirkungen von familiärer Armut auf Kinder sind indes viel facettenreicher, als es Statistiken abbilden könnten, die allein auf das Haushaltseinkommen abheben. Die Kinderarmutsforschung hat daher mehrdimensionale Konzepte entwickelt, wie Armut bei Kindern und Jugendlichen auch in ihren *immateriellen* Dimensionen sichtbar gemacht werden kann, so etwa das Konzept kindlicher (Handlungs-)Spielräume oder das von UNICEF angewandte Modell kindlichen Wohlbefindens (vgl. Chassé et al. 2003, Bertram/Kohl 2010).

Anknüpfend an den in der Armutsforschung verbreiteten mehrdimensionalen Lebenslagenansatz nach Gerhard Weisser (1956, S. 986; Voges et al. 2003) entwickelte ein Forscherteam um Gerda Holz und Beate Hock für die bundesweite AWO-ISS-Studie ein Kinderarmutskonzept, in dem sowohl familiäre Einkommensarmut ausgewiesen als auch die kindliche Lebenslage in vier Dimensionen aufgefächert wird (vgl. Holz/Skoluda 2003, S. 7; Holz et al. 2005, S. 34). Die Forscherinnen stellten fest, dass Kinder aus armen Elternhäusern im materiellen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Bereich sehr viel häufiger auffällig bzw. depriviert waren als jene aus nichtarmen Familien. Sie fanden zudem heraus, dass sich Armut häufig als Kumulation der Benachteiligungen aus den Einzelbereichen manifestiert, sodass relativ viele arme Kinder dem Lebenslagentypus ‚multipel depriviert‘ zuzurechnen sind, mit der Folge stark eingeschränkter, negativ belasteter Zukunftsperspektiven. Negative Auswirkungen in der kindlichen Entwicklung und dem Wohlbefinden und häufig auch geringere Chancen auf eine erfolgreiche Bildungsteilhabe zeigen sich vor allem bei andauernden Armutslagen der Familien.

2.2 Risikogruppen für Kinderarmut

Das Armutsrisiko ist innerhalb der Gruppe der Minderjährigen recht unterschiedlich verteilt. Die folgenden Daten des Armuts- und Reichtumsberichts von Nordrhein-Westfalen 2016 veranschaulichen die typischen Risikogruppen unter Kindern und Jugendlichen, wobei die hier dargestellten Trends nicht immer mit jenen für Gesamtdeutschland vergleichbar sind (vgl. BMAS 2013, S. 112-113).

Kinderarmut in Deutschland

Risikogruppen, mehrdimensionale Erscheinungsformen und sozialräumliche Ausprägungen

Tabelle 1: Armutsrisiken der minderjährigen Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen 2010 und 2014 gemessen am Landesmedian (in %)

	2010	2014
Bevölkerung insgesamt (alle Altersgruppen)	14,4	15,7
18- bis 30-Jährige	23,4	22,8
über 65 Jahren (v. a. Frauen)	11,2	14,8
Minderjährige nach Alter und Geschlecht:		
unter 18 Jahren	19,9	21,9
- davon unter 3 Jahren	22,2	22,3
- 3-6 Jahre	21,2	22,1
- 6-15 Jahre	18,4	21,3
- 15-18 Jahre	21,3	23,1
Nach Haushaltstypen:		
Alleinerziehende_r mit Kind(ern)	38,9	43,3
- mit 1 Kind	33,5	37,4
- mit 2 Kindern	38,1	43,1
- mit 3 und mehr Kindern	57,5	60,3
Paarhaushalte (2 Erwachsene)	16,3	17,4
- davon mit 1 Kind	10,8	11,6
- davon mit 2 Kindern	13,7	13,8
- davon mit 3 und mehr Kindern	27,4	30,9
Nach Familienform und Erwerbsstatus:		
Paarhaushalt	15,1	16,1
- beide Eltern erwerbstätig , davon 1 Vollzeit		4,3
- beide Eltern teilzeiterwerbstätig		32,2
- 1 Elternteil teilzeit-, 1 nicht aktiv erwerbstätig		57,6
- nicht erwerbstätige Eltern		75,2
alleinerziehend	37,6	42,3
- nicht erwerbstätiges Elternteil		67,0
- teilzeiterwerbstätiges Elternteil		36,7
- vollzeiterwerbstätiges Elternteil		13,1
alleinstehend/ohne Kinder	20,9	23,5
Paar ohne Kind	8,2	8,7
Nach Migrationshintergrund:		
ohne Migrationshintergrund	12,3	13,6
mit Migrationshintergrund	33,6	35,8
Qualifikationsniveau der Eltern:		
	Mit MH	Ohne MH
gering	60,6	60,5
qualifiziert	29,1	14,9
hoch	16,0	2,7

Basis: Mikrozensus, 60 % des Nettoäquivalenzeinkommens (median).

Quelle: MAIS 2016, S. 275-278

Die Tabelle illustriert, dass einerseits die Armut von Kindern fast immer durch die Familie vermittelt wird, Kinderarmut damit immer auch Eltern- oder Mütterarmut bedeutet und Minder-

jährige in Nordrhein-Westfalen nach wie vor überdurchschnittliche und gestiegene Armutsrisiken aufweisen. Andererseits führen manche Erwerbs- und Familienkonstellationen für die darin aufwachsenden Kinder mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zu einem Leben in Armut. Zu den diesbezüglichen Risikofaktoren, hier als Armutsrisikoquoten ausgedrückt, zählen vor allem die Erwerbslosigkeit beider Eltern oder eines Elternteils bzw. deren geringe Erwerbsbeteiligung sowie der Haushaltstyp ‚alleinerziehend‘, wobei die Armutsrisiken mit der Zahl der Kinder im Haushalt ansteigen. Insbesondere Alleinerziehenden, die tendenziell mit von 2010 bis 2014 steigenden Armutsrisiken konfrontiert sind, gelingt es offenbar nur als Vollzeitbeschäftigten, ihren Kindern ein Leben ohne Armut zu ermöglichen. Als einflussreich erweist sich zudem der Migrationsstatus insofern, als Familien mit Migrationshintergrund fast zweieinhalbmal so hohe Armutsrisiken wie jene ohne einen solchen aufweisen (vgl. Butterwegge 2010). Interessanterweise schützt, wie es scheint, eine mittlere und hohe Qualifikation der Eltern mit Migrationshintergrund die Kinder nicht in demselben Maße wie bei Familien ohne einen solchen vor einem Aufwachsen in Armut.

2.3 Flüchtlingskinder als neue Armutsrisikogruppe?

Das Gesicht der Kinderarmut in Deutschland hat sich seit Kurzem verändert. Zu den Hauptrisikogruppen von Kindern und Jugendlichen aus Familien Alleinerziehender, Kinderreicher, Erwerbsloser und mit Migrationshintergrund kommt nun die Gruppe von Kindern und Jugendlichen aus Flüchtlingsfamilien hinzu. Aufgrund des ungesicherten Aufenthaltsstatus der Familien im Asylverfahren, der überwiegend noch nicht existenten Integration der Eltern in den Arbeitsmarkt aufgrund fehlender oder nicht ausreichender Deutschkenntnisse, eines fehlenden Arbeitsmarktzugangs und/oder der noch nicht erfolgten Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse sind die Familien zumeist auf die Sicherung des Lebensunterhaltes durch soziale Transferleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem SGB XII oder dem SGB II angewiesen. De facto sind sie somit der einkommensarmutsgefährdeten Bevölkerung zuzurechnen, wenngleich die Datenlage äußerst lückenhaft und unzureichend ist.

Die Zahl der in den letzten Jahren zugewanderten Flüchtlingskinder und Jugendlichen lässt sich nur auf Umwegen beziffern, weil zumeist nur die Fakten zu erwachsenen Antragsteller_innen veröffentlicht werden. Die Asyl- und Flüchtlingszuwanderung in Deutschland war schon nach der Asylrechtsreform 1993 sprunghaft zurückgegangen und hatte sich seither auf einem sehr geringen Niveau eingependelt: Seit 1998 unterschritt die Zahl der Asylantragsteller_innen erstmals wieder die 100 000er- und 2005 die 50 000er-Grenze (vgl. BAMF 2016, S. 3). Seit 2008 steigt die Zahl der Asylgesuche erneut, wie folgende Zusammenschau der Antragszahlen illustriert:

Tabelle 2: Asylantragszahlen 2009 bis 2016

Jahr	Asylanträge insg.	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
2008	28 018	22 085	5 933
2009	33 033	27 649	5 384
2010	48 589	41 332	7 257
2011	53 347	45 741	7 606
2012	77 651	64 539	13 112
2013	127 023	109 580	17 443
2014	202 834	173 072	29 762
2015	476 649	441 899	34 750
2016 (Jan.-Aug.)	577 065	564 506	12 559
2016 (Jan.-Sept.)*	657 855	643 211	14 644

Quelle: BAMF 2016, S. 3; * Bundesministerium des Innern 2016.

Die in der Tabelle wiedergegebenen aktuelleren Asylantragszahlen seit 2015 spiegeln indes keineswegs die tatsächliche Flüchtlingszuwanderung wieder, über deren Umfang nach wie vor Unklarheit herrscht. Dies gründet unter anderem in der verzögerten Bearbeitung der Anträge im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) insbesondere im Jahr 2015. Medienberichten zufolge gab es einen immensen Antragsstau innerhalb der Behörde, während Asylsuchende monatelang auf einen Termin warten mussten, bevor sie überhaupt ihren Asylantrag stellen konnten. Bundesinnenminister de Maizière korrigierte die vom BAMF einen Monat zuvor veröffentlichten Asylzahlen für die erste Jahreshälfte 2016 bis September (vgl. BMI 2016). Die hohe Zahl der Anträge für 2016 erkläre sich aus der Abarbeitung von Anträgen aus dem Vorjahr, während die Zahl der Neueingereisten stark rückläufig sei und laut Bundesinnenministerium bei 213 000 Zugängen für die ersten drei Quartale liege (vgl. BMI 2016). Die Hauptherkunftsländer der Asylsuchenden in den Monaten Januar bis August 2016 waren Syrien, Afghanistan und der Irak, gefolgt vom Iran und von Eritrea (auch zum Folgenden: vgl. BAMF 2016, S. 7-8). Die folgende Tabelle weist aus, wie viele Kinder und Jugendliche welchen Geschlechts unter den Antragstellenden waren.

Tabelle 3: Asylerstanträge nach Alter und Geschlecht, Januar bis August 2016

Altersgruppen	Asylerstanträge						Anteil weiblicher Antragsteller innerhalb der Altersgruppen (in %)
	Insgesamt		Aufteilung der männlichen Antragsteller nach Altersgruppen		Aufteilung der weiblichen Antragsteller nach Altersgruppen		
Unter 4 Jahre	54 689	9,7 %	28 211	7,5 %	26 478	13,9 %	48,4 %
Von 4 bis unter 6 Jahre	21 997	3,9 %	11 710	3,1 %	10 287	5,4 %	46,8 %
Von 6 bis unter 11 Jahre	48 628	8,6 %	26 382	7,1 %	22 246	11,7 %	45,7 %
Von 11 bis unter 16 Jahre	42 032	7,4 %	26 335	7,0 %	15 697	8,2 %	37,3 %
Von 16 bis unter 18 Jahre	33 546	5,9 %	27 087	7,2 %	6 459	3,4 %	19,3 %
Von 18 bis unter 25 Jahre	134 675	23,9 %	102 928	27,5 %	31 747	16,7 %	23,6 %
Von 25 bis unter 30 Jahre	80 046	14,2 %	57 082	15,3 %	22 964	12,1 %	28,7 %
Von 30 bis unter 35 Jahre	54 349	9,6 %	36 063	9,6 %	18 286	9,6 %	33,6 %
Von 35 bis unter 40 Jahre	35 841	6,3 %	23 120	6,2 %	12 721	6,7 %	35,5 %
Von 40 bis unter 45 Jahre	22 310	4,0 %	14 216	3,8 %	8 094	4,3 %	36,3 %
Von 45 bis unter 50 Jahre	15 069	2,7 %	9 297	2,5 %	5 772	3,0 %	38,3 %
Von 50 bis unter 55 Jahre	9 192	1,6 %	5 317	1,4 %	3 875	2,0 %	42,2 %
Von 55 bis unter 60 Jahre	5 606	1,0 %	3 073	0,8 %	2 533	1,3 %	45,2 %
Von 60 bis unter 65 Jahre	3 417	0,6 %	1 846	0,5 %	1 571	0,8 %	46,0 %
65 Jahre und älter	3 109	0,6 %	1 433	0,4 %	1 676	0,9 %	53,9 %
Insgesamt	564 506	100 %	374 100	100%	190 406	100 %	33,7 %

Quelle: BAMF 2016, S. 7

Die Tabelle illustriert, dass mit 35,5 Prozent mehr als ein Drittel der Asylsuchenden minderjährig, d. h. jünger als 18 Jahre, und weitere 23,9 Prozent zwischen 18 und 25 Jahren alt waren. Insgesamt stellten in den Monaten Januar bis August 2016 rund 200 000 Minderjährige bzw. ihre Eltern für sie einen Asylantrag. Für die Gruppe der Kinder und Jugendlichen gilt offenbar: je jünger, desto ausgewogener die Geschlechterverteilung. Insbesondere die 16- und 17-jährigen Jugendlichen, worunter auch die meisten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge („UMFs“) fallen, sind mit 80 Prozent überwiegend männlichen Geschlechts. Rund 24,5 Prozent oder 138 000 der registrierten Asylsuchenden stellten ihren Antrag in Nordrhein-Westfalen.

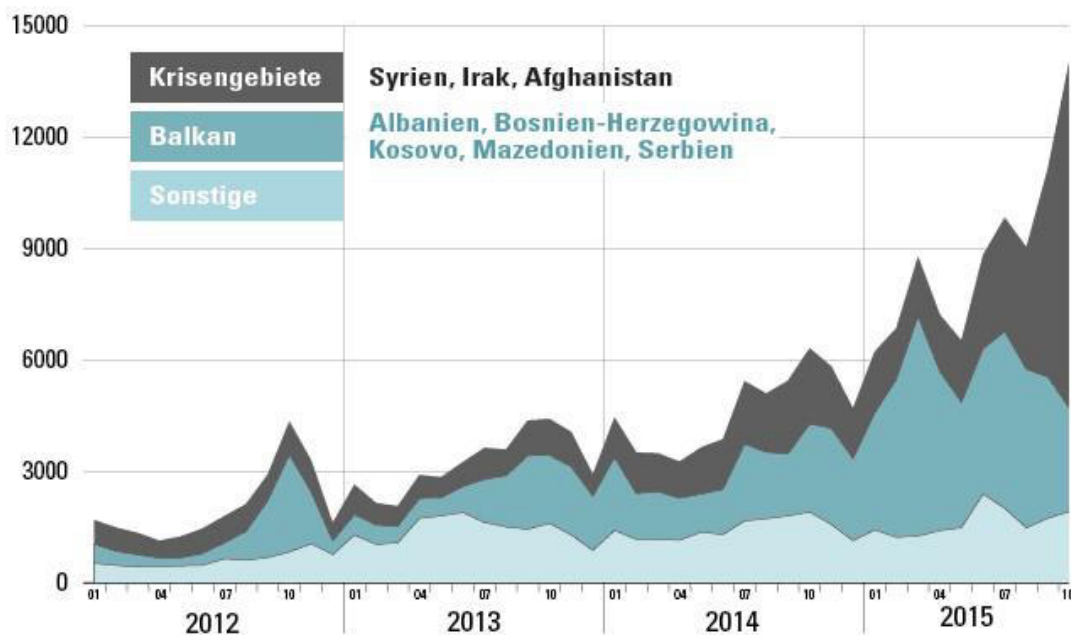
Kinderarmut in Deutschland

Risikogruppen, mehrdimensionale Erscheinungsformen und sozialräumliche Ausprägungen

Eine Expertise des WSI informiert über die absoluten Zahlen von 2012 bis 2015, die Herkunftsgebiete und Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen aus asylsuchenden Familien. Zunächst werden die Herkunftsgebiete aufgeschlüsselt, wie folgende Abbildung aufzeigt:

Abbildung 1: Flüchtlingskinder nach Herkunftsgebiet

Erstmalige Asylbewerber unter 18 Jahren nach Herkunftsland (Monatsdaten)



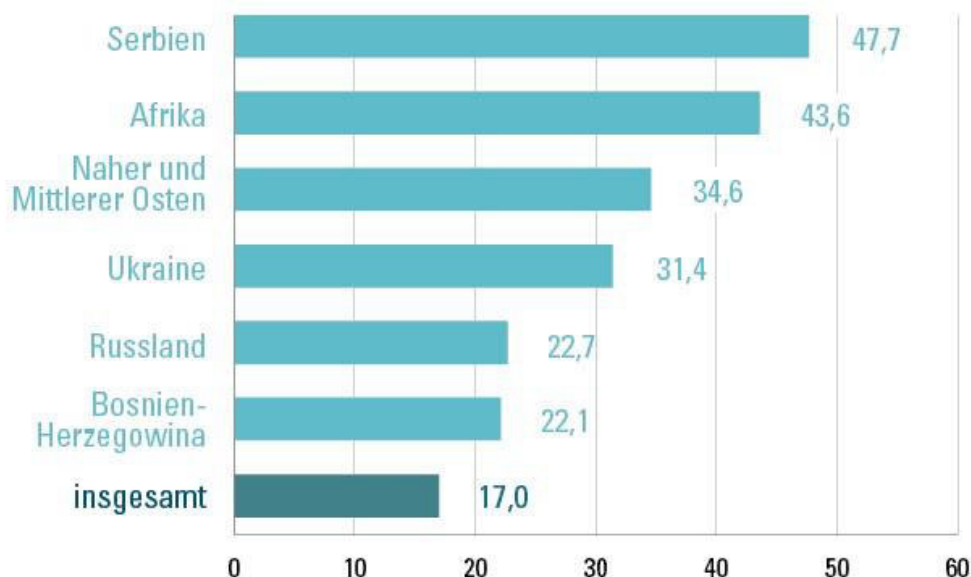
Daten: Eurostat, Berechnungen des WSI.

Quelle: Höhne/Seils 2016, S. 6

Die obige Abbildung veranschaulicht, dass die Zahl asylsuchender Minderjähriger zuletzt stark zunahm – im letzten Erhebungsmonat Oktober 2015 auf über 14 000 Kinder und Jugendliche – und sich im Zuge dieser Entwicklung auch die Herkunftsregionen veränderten, da Syrien, der Irak und Afghanistan durch den starken Anstieg zuletzt zu den bedeutendsten Herkunftsregionen avancierten.

Die folgende Grafik illustriert die Armutsrisikoquoten von Kindern und Jugendlichen aus den Hauptherkunftsländern bzw. -regionen der Flüchtlinge und Asylsuchenden:

Abbildung 2: Armutsquoten von Familien nach früherer Staatsangehörigkeit in % 2015
Armutsquoten von Familien mit Kindern nach früherer Staatsangehörigkeit (in %)



Daten: Statistisches Bundesamt 2015.

Quelle: Höhne/Seils 2016, S. 7

Die WSI-Expertise weist darauf hin, dass die genannten größten Herkunftsgruppen der gegenwärtigen Flüchtlingswelle im Vergleich zum Durchschnitt aller Familien mit Kindern („insgesamt“) ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko tragen. Es müsse jedoch auch beachtet werden, dass die Daten für Serbien insofern einen Ausreißer darstellen,

„als die Armutsquote in den Vorjahren um die vierzig Prozent betrug. Bei den anderen Ländern ist die Abweichung von den Werten der Periode 2009 bis 2013 hingegen gering. Vor diesem Hintergrund erscheint es gerechtfertigt, davon auszugehen, dass das Armutsrisiko der Familien systematisch nach ihrer Herkunft variiert“ (Höhne/Seils 2016, S. 7).

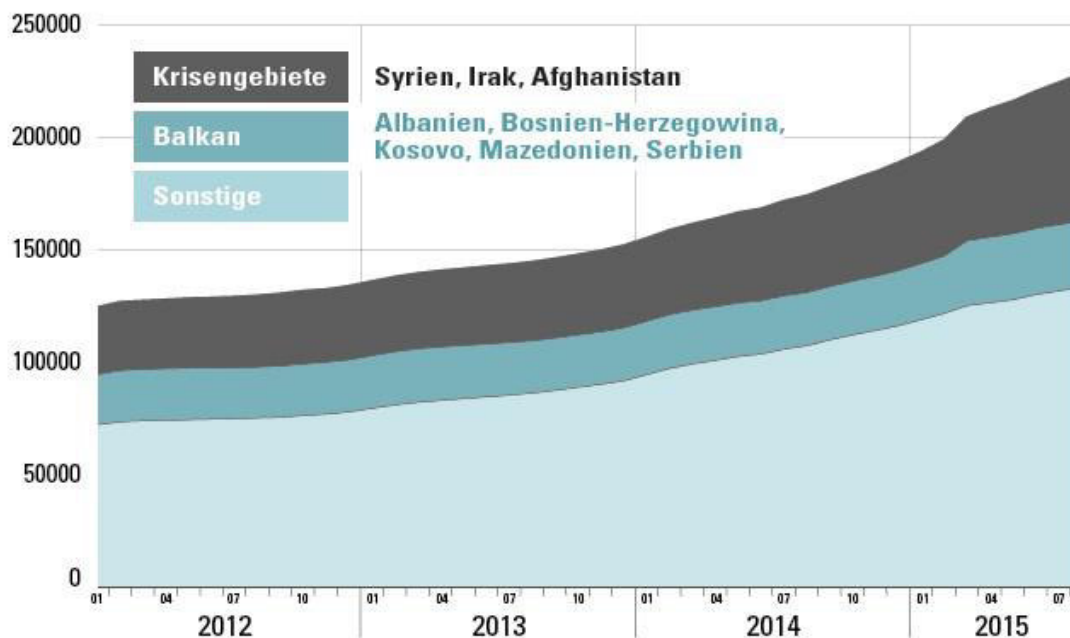
Aus dreierlei Gründen seien die Daten mit Vorsicht zu interpretieren: Erstens basiere der Mikrozensus auf Jahresdurchschnittswerten, zweitens sei der Mikrozensus als repräsentative, auf in Privathaushalten lebende Personen ausgerichtete Erhebung nur bedingt in der Lage, die Flüchtlinge repräsentativ abzubilden, da viele von ihnen eben noch in Gemeinschafts- und Notunterkünften lebten, und drittens sei ungewiss, inwiefern es dem Mikrozensus in Zukunft gelinge, die hoch mobilen, kaum deutschsprachigen Flüchtlinge adäquat in die jährliche Erhebung einzubeziehen und hochzurechnen.

In Bezug auf den zweiten eingangs benannten Armutsindikator, die Anteile von Kindern im SGB-II-Bezug, ist für Flüchtlingskinder anzumerken, dass neueingereiste Asylsuchende zunächst für die Dauer von 15 Monaten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beziehen und erst anschließend u. U. in den Berechtigtenkreis des SGB II übergehen. Somit bilden die SGB-II-Quoten für Kinder und Jugendliche aus den Hauptherkunftsgebieten der Flüchtlinge erst

mit einiger Verzögerung die Kinderarmutsentwicklung ab. Die folgende Abbildung veranschaulicht dies:

Abbildung 3: Einwandererkinder im SGB II („Hartz IV“)

Leistungsbezieher unter 18 Jahren im SGB-II-Bezug nach Staatsangehörigkeit (Monatsdaten)



Anmerkung: Insgesamt berücksichtigen die Zahlen 10 osteuropäische EU-Länder, 4 GIPS-Staaten und 15 Asylyugangsländer. Die Zuwächse im Zeitverlauf können plausibel der Einwanderung zugeschrieben werden.

Quelle: Sonderauswertung der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des WSI. In: Höhne/Seils 2016, S. 8

Bezüglich der materiellen Handlungsspielräume von Kindern und Jugendlichen mit Fluchthintergrund ist die Höhe der Unterhaltsleistungen nach dem AsylbLG von Belang, das in den vergangenen Jahren mehrfach novelliert wurde. Das Gesetz unterscheidet zwischen meist in Sachleistungsform ausbezahlen Grundleistungen zur Deckung des ‚notwendigen Bedarfs‘ an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheitspflege, Gebrauchs- und Verbrauchsgütern nach § 3 Abs. 2 sowie einem Barbetrag nach § 3 Abs. 1 AsylbLG, der allerdings seit November 2015 in Gemeinschaftsunterkünften auch als Sachleistung gestellt werden kann bzw. in Erstaufnahmeeinrichtungen sogar geleistet werden muss und in der Regel nach spätestens 6 Monaten in bar ausgezahlt wird. Für in Unterkünften wohnende Minderjährige beläuft sich die Unterstützung im Jahr 2016 auf folgende Beträge:

- Bis 5-Jährige erhalten 133 € monatlich plus einen Barbetrag von 79 € (gesamt: 214 €; der entsprechende Regelsatz des SGB II liegt bei 237 €);
- 6- bis 13-Jährige erhalten 157 € monatlich plus einen Barbetrag von 83 € (gesamt: 242 €; der entsprechende Regelsatz des SGB II liegt bei 270 €);

Kinderarmut in Deutschland

Risikogruppen, mehrdimensionale Erscheinungsformen und sozialräumliche Ausprägungen

- 14- bis 17-Jährige erhalten 198 € monatlich plus einen Barbetrag von 76 € (gesamt: 276 €; der entsprechende Regelsatz des SGB II liegt bei 306 €) (vgl. Clasen 2016).

Die (Sach-)Leistungen liegen damit in ihrem Wert um rund 10 Prozent unterhalb der Leistungen, welche altersgleiche Kinder und Jugendliche im Sozialgeldbezug nach SGB II erhalten. Die Zahl der Leistungsbeziehenden nach dem AsylbLG belief sich Ende 2015 auf 975 000; davon waren fast 30 Prozent, also rund 292 000, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (vgl. Statistisches Bundesamt (StBA) 2016a). Mehr als 31 Prozent von ihnen kamen aus Syrien, weitere 11,8 Prozent aus Afghanistan und jeweils mehr als 11 Prozent aus Ländern Afrikas und den übrigen Ländern Asiens.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die wenigen verfügbaren Daten darauf hinweisen, dass sich die Kinderarmut in Deutschland durch die – vermutlich nur vorübergehend in den Jahren 2013 bis 2016 massiv angestiegene – Fluchtmigration erheblich verändert. Ob die Zunahme dieser ethnisierten Kinderarmut nur ein vorübergehendes Phänomen ist, hängt einerseits maßgeblich davon ab, inwiefern es gelingt, die Eltern der Flüchtlingskinder ihrer Ausbildung entsprechend in *alle* (statt nur in die Rand-)Segmente des hiesigen Arbeitsmarktes und damit in die gesamte Sozialstruktur der Gesellschaft zu integrieren. Dies ist abhängig vom Arbeitsmarktzugang, der Vermittlung von Deutschkenntnissen, der Anerkennung von Berufen und Berufserfahrungen und vielem mehr. Die schlechte Alternative wäre, dass sich, wie in den 1970er- und 1980er-Jahren für sog. Gastarbeiter_innen und ihre Nachkommen postuliert wurde, eine erneute ethnische Unterschichtung (Heckmann 1992, S. 92) der hiesigen Gesellschaft durch neu zugewanderte Flüchtlinge etabliert, die v. a. durch ausländerrechtliche Bestimmungen den prekären Randpositionen des Arbeitsmarktes zugewiesen werden. In Bezug auf die (v. a. zukünftigen) Armutsrisiken der Heranwachsenden ist andererseits die entscheidende Frage, inwiefern es gelingt, den Kindern und Jugendlichen eine gute Bildung zu vermitteln, welche ihnen Zugänge zu einkommensstarken Berufspositionen eröffnet.

3 Lebenswelten von Kindern in Armut

Im wohlhabenden Deutschland wachsen die meisten Kinder und Jugendlichen unbelastet von materiellen Mangelsituationen auf und blicken zwar pragmatisch, aber dennoch optimistisch in die eigene Zukunft (Quenzel et al. 2015, S. 384). Gleichwohl unterscheiden sich die Lebenswelten des Gros der Kinder deutlich von jenen derer aus einkommensarmen Familien. Dies trifft für den Bereich der materiellen Teilhabe einschließlich des Wohnens ebenso zu wie auf den Bereich der kulturellen, sozialen und gesundheitlichen Lage der Kinder und Jugendlichen. Während der Forschungsstand zu den Lebenswelten armer Kinder und den multidimensionalen Erscheinungsformen von familiärer Armut bei Kindern durch die Kinderarmutforschung recht befriedigend ist, ist ein Forschungsdesiderat zur Frage zu beklagen, wie sich diese Lebenslagen im Gegensatz dazu bei Minderjährigen aus wohlhabenden Familien darstellen. Im Folgenden werden exemplarisch die Bereiche Wohnen, Freizeitgestaltung und Bildungsteilhabe von Kindern und Jugendlichen aus einkommensarmen Familien näher beleuchtet. Die bereichsspezifischen Ausführungen zielen darauf, prioritär die Armut als Lebenslage für Kinder, d. h. in ihren spezifischen Auswirkungen im Hier und Jetzt sowie in ihren langfristigen Folgen für Kinder abzubilden.

3.1 Wohnen und Wohnumfeld in Armutskontexten

Wohnräume erfüllen für Kinder in jeder Alters- und Entwicklungsphase eine andere Funktion: Babys und Kleinkinder benötigen die Nähe zur Bezugsperson, Vorschulkinder viel Platz zum Spielen, Schulkinder einen (Arbeits-)Platz für Hausaufgaben und das Spielen mit Gleichaltrigen und ältere Kinder und Jugendliche einen eigenen Raum, den sie selbst gestalten können und der Distanz zu den Eltern schafft. Des Weiteren ist der insgesamt verfügbare Lebensraum einer Wohnung zu berücksichtigen, denn insbesondere für jüngere Kinder spielen Wohnzimmer und Küche eine Schlüsselrolle. Da Kinder mit steigendem Lebensalter mehr und mehr Freizeit mit Spielen außer Haus verbringen, erlangen bei älteren Kindern die Gegebenheiten des unmittelbaren Wohnumfelds wie eine kindbezogene Infrastruktur (Spielplätze, Verkehrsberuhigung, Grünflächen usw.) und bei Jugendlichen das entferntere Wohnumfeld bzw. der Stadtteil als Indikatoren für Wohnqualität eine höhere Bedeutung.

Die Kinderarmutforschung schenkt der Wohnsituation als einer vom Haushaltseinkommen und den Bedingungen des Wohnungsmarkts abhängigen Dimension der familiären Lebenslage besondere Aufmerksamkeit, wobei man die Qualität zum einen der Wohnung und zum anderen des Wohnumfeldes unterscheidet und die Wohnsituation als eine maßgebliche Determinante für die Handlungsspielräume und Entwicklungschancen von Kindern wertet. Der Wohnung als räumlichem Mittelpunkt sowie als Schutz- und Entfaltungsraum kommt nicht nur für das Familienleben, sondern auch für die Qualität des Sozialisationsprozesses von Kindern sowie für deren Möglichkeiten zur persönlichen Entfaltung eine außerordentliche Bedeutung zu (vgl. BMFSFJ 1995, S. 135). In der lebenslagenorientierten Armutsforschung wird das Vorhandensein von weniger als einem Raum pro Person bei Haushalten als eine Unterversorgung im Bereich Wohnen

gewertet; weitere Indikatoren dafür sind die Items einer mangelhaften Ausstattung der Wohnung sowie das subjektive Empfinden des Wohnumfeldes als schlecht oder benachteiligt.

Zahlreiche Untersuchungen der Kinderarmutsforschung belegen, dass einkommensarme und kinderreiche Familien besonders von beengten Wohnverhältnissen betroffen sind (vgl. Holz/Skoluda 2003, S. 136; Chassé et al. 2003, S. 122-125). Untersucht wird die Wohnsituation von Familien unter der Fragestellung, ob Kindern zuhause genügend Raum für eigene Bedürfnisse bleibt und Rückzugsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Üblicherweise wird die Qualität kindlichen Wohnens anhand von Indikatoren wie dem Vorhandensein eines eigenen Zimmers pro Kind, den räumlichen Gelegenheiten zur Erledigung von Hausaufgaben, für Besuchsmöglichkeiten von Freund_innen und das Feiern von Kindergeburtstagen bewertet. Für Kinder spätestens ab dem Grundschulalter gilt ein (allein genutztes) Zimmer als wichtigste Unterversorgungsschwelle im Wohnbereich (vgl. Bielick 1996, S. 57; Richter 2000, S. 38). Die AWO-ISS-Vertiefungsstudie bezifferte den Anteil armer Grundschul Kinder ohne eigenes Zimmer auf 58 Prozent, während dies bloß für rund 19 Prozent der nichtarmen Kinder zutrifft; weniger als 15 qm bewohnten 33 Prozent der armen und 3 Prozent der nichtarmen Kinder (vgl. Holz et al. 2005, S. 71). Kinder aus einkommensarmen Verhältnissen nehmen im Bereich des Wohnens am häufigsten Defizite wahr und artikulieren diese (vgl. Chassé et al. 2003, S. 122). Dazu befragte arme Grundschul Kinder legten großen Wert auf ein eigenes Kinderzimmer, auf einen Raum für ‚ungestörtes Lernen‘ und Spielen und äußerten den Wunsch nach einer größeren Wohnung, besonders der Küche und Wohnstube.

Vergegenwärtigt man sich ein Familienleben unter räumlich stark beengten Wohnverhältnissen, wird schnell deutlich, welche vielschichtigen Folgen dies für das Aufwachsen betroffener Kinder besitzen kann. So fällt erstens die Wohnung als Spiel- und Aufenthaltsort mit Gleichaltrigen für arme Kinder meist aus und schränkt sie damit in ihren sozialen Kontakten ein, was sich besonders für Mädchen, die traditionell mehr Zeit im Haus verbringen, verschärfend auswirkt (vgl. Richter 2000, S. 38). Häufig können Kindergeburtstage nicht zuhause gefeiert werden, wodurch ‚Gegeneinladungen‘ zu Geburtstagen ausbleiben. Zweitens nehmen Kinder am ehesten im Wohnbereich ein Defizit, wie das, kein eigenes Zimmer zu haben, wahr und artikulieren es, zumal sie durch den Besuch von Vorschuleinrichtungen oder Schulen schon früh über Vergleichsmöglichkeiten mit ‚normalen‘ Wohnverhältnissen einkommensstärkerer Schichten verfügen und den Vergleich spätestens ab dem Grundschulalter auch vornehmen (vgl. Chassé et al. 2003, S. 122). Beengte Wohnverhältnisse nehmen Kindern Rückzugsmöglichkeiten und, besonders wenn sie Zimmer mit Geschwistern teilen, die Privatsphäre, was mit zunehmendem Alter problematischer und häufig zur Quelle von Konflikten wird (vgl. Richter 2000, S. 66). Drittens kann sich beispielsweise das Fehlen eines ruhigen Arbeitsplatzes und/oder eines heimischen Computers für die Erledigung von Hausaufgaben nachteilig auf den Schulerfolg auswirken. Räumliche Enge erhöht die Gefahr, dass Kinder aufgrund mangelhafter oder fehlender Unterrichtsvorbereitung frühzeitig den Anschluss an die geforderten Lerninhalte verlieren. Daraus können Leistungs- und Versetzungsprobleme und weitere Schulprobleme resultieren, was auch den etwa in den PISA-Studien belegten Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen

plausibel macht (für einen Überblick vgl. Laubstein et al. 2016, S. 56-60). Viertens ist schließlich der Fernseh- und Videospielkonsum in Familien, die unter räumlich beengten Wohnverhältnissen leiden, weiter verbreitet, was wiederum negative Folgen für die motorische Entwicklung und die Gesundheit von Kindern (z. B. in Bezug auf Übergewicht) haben kann.

Unter Bezugnahme auf die ökologische Sozialisationsforschung Urie Bronfenbrenners weist die Kinderarmutsforschung auf weitere Kriterien kindgerechten Wohnens hin. So werden dem Wohnumfeld sowie der Sicherheit des Wohnens (d. h. seltene bis gar keine Wohnortwechsel) große Bedeutung eingeräumt, weil ein konstantes Umfeld von besonderer Bedeutung für die soziale und persönliche Entwicklung von Kindern ist und arme Kinder häufiger dauernde Umzüge und Wohnortwechsel beklagen (vgl. Chassé et al. 2003, S. 123). Mit zunehmendem Alter und abhängig von der Jahreszeit verlagern Kinder und Jugendliche ihre Sozialkontakte meist außer Haus, womit zunächst die unmittelbare und später die weitere Wohngegend einen größeren Stellenwert im Spannungsfeld zwischen Schutz- und Risikofaktoren erlangen (vgl. Richter 2000, S. 37). Im Wohnumfeld können verschiedenste (Schutz-)Faktoren ein gedeihliches Aufwachsen von Kindern fördern; ihr Fehlen kann aber auch als Risikofaktor wirken. Zu nennen wären Kinderspielplätze in der unmittelbaren Wohnumgebung und im besten Fall naturbelassene Spielflächen, auf denen Leib und Leben spielender Kinder nicht durch den Straßenverkehr gefährdet sind. Für ältere (und v. a. männliche) Kinder bedeutsam sind besonders Sportflächen (für Street- und Fußball, Skaten etc.), für Mädchen sind es häufiger Räumlichkeiten für Treffpunkte, die kein Geld erfordern und trotzdem sozialen Austausch ermöglichen. Diesbezüglich weist etwa die Untersuchung Antje Richters (2000, S. 186-187) zum Erleben von Armut durch 6- bis 11-Jährige darauf hin, dass arme Kinder häufiger Unterversorgungslagen in ihrer Wohn- und Spielumwelt aufweisen, sei es in Bezug auf die geringe Nutzbarkeit der Wohnumgebung für Spiele und Erlebnisse, da Frei- und Grünflächen fehlten und Spielplätze oft schlecht ausgestattet oder desolat seien, oder sei es auch in Bezug auf die Stadtlage. Wichtige Ressourcen gerade für Kinder, deren Familien sich keine (kostspieligen) Freizeitaktivitäten wie Musik- und Sportunterricht leisten können, bilden wohnortnahe betreute Freizeitangebote, Hausaufgabenhilfen, Offene Türen und andere Angebote der Jugendhilfe.

Demgegenüber weist das Wohnumfeld in benachteiligten Sozialräumen – wie Vierteln und Straßenzügen in westdeutschen Großstädten und Ballungsgebieten, in denen vor allem Kinder mit Migrationshintergrund und aus Familien im SGB-II-Bezug heranwachsen – insbesondere für jugendliche Bewohner_innen viele nachteilige Aspekte auf (vgl. Baum 1998, S. 66). Kinder sind dort häufiger mit einer anregungsärmeren und risikoreicheren Umgebung konfrontiert, weil Angebote kindgerechter Infrastruktur wie Spiel- und Sportplätze, Vereine sowie naturbelassene und autofreie Flächen häufiger fehlen und der Straßenverkehr ein erhebliches Gefährdungspotenzial darstellt (vgl. Laubstein et al. 2012, S. 85-86). Auch Büchereien, Schwimmbäder, Musik- und Malschulen sind oftmals schwer erreichbar, weil entweder die räumliche Distanz zu groß ist, es an kostengünstigen Transportmöglichkeiten und/oder öffentlicher Verkehrsanbindung mangelt oder eine Kostenbeteiligung der Teilhabe der Kinder entgegensteht. Die Bedeutung der öffentlichen kindbezogenen sozialen Infrastruktur ist gerade für einkommensschwache Familien

(gleich welcher Herkunft) besonders groß, weil sie kommerzielle Angebote und Dienste aus eigenen Mitteln kaum finanzieren können. Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand, die im Kinder- und Jugendbereich ansetzen und den Abbau von (Freizeit-)Angeboten beinhalten, wirken sich deshalb gerade auf die Spielräume der Kindern aus einkommensschwachen Familien nachteilig aus.

3.2 Kulturelle Lage und Bildungsteilhabe

Bildung ist im Kontext von Kinderarmut unzweifelhaft die bedeutsamste und zugleich wohl auch die am intensivsten erforschte (kindliche) Lebenslagendimension. Gerade in der deutschen Gesellschaft mit der engen Verbindung zwischen (Aus-)Bildungs- und Beschäftigungssystem erfolgt die „Verteilung der Lebenschancen wesentlich durch das Nadelöhr der (überwiegend öffentlich vermittelten) Bildungschancen“ (BMAS 2001, S. 119). Gleichwohl ist Bildung kein Wundermittel gegen (Kinder-)Armut (vgl. Butterwegge 2011b).

Im Kontext von sozialer Benachteiligung kommt der Bildung sowohl hinsichtlich der beruflichen Allokationsfunktion als auch bei der Vererbung von Armutsrisiken durch die hierzulande besonders enge Kopplung von Bildungserfolgen an die soziale Herkunft von Schüler_innen eine herausragende Bedeutung zu. Das individuelle Bildungsniveau einschließlich erworbener Zertifikate vermittelt sowohl direkt den Zugang zu verschiedenen sozialen Positionen als auch indirekt den zu sozialen Schichten und beeinflusst damit maßgeblich das Ausmaß vertikaler sozialer Mobilität einer Person (vgl. Geißler 2014, S. 334). Unmittelbar damit verbunden ist die Selektionsfunktion des Bildungssystems, die aufgrund dessen immanent meritokratischen Anspruchs einer ausschließlich auf Individualleistung gründenden Auslese der Schüler_innen in solche mit niedrigen und solche mit hohen schulischen Fähigkeiten zielt, um eine diesen angemessene berufliche Platzierung zu gewährleisten. Die Realität indes widerspricht diesen theoretischen Vorannahmen: Nicht individuelle Leistungen, sondern vielmehr die soziale Herkunft von Schüler_innen entscheiden neben anderen Faktoren über individuelle Bildungschancen, was sich besonders bei den Bildungschancen von Kindern aus armen Familien zeigt.

Innerhalb des AWO-ISS-Kinderarmutskonzepts beschreibt die kulturelle Lage die kognitive Entwicklung von Kindern, ihre sprachlichen und kulturellen Kompetenzen sowie die Bildungsteilhabe, die sich ausdifferenzieren lässt in die formale (schulische) Bildungsbeteiligung sowie in non-formale (d. h. außerschulische) und in informelle Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten.

Die Folgen familiärer Armut für die kulturelle Lage von Kindern wurden in der Forschung nur am Rande thematisiert, weil fast alle verfügbaren Untersuchungen die Bildungsteilhabe in Bezug zu Sozialschichtindikatoren setzen, wobei das Familieneinkommen zwar eine Rolle spielt, aber nur einen – untergeordneten – Indikator unter vielen darstellt (in der Regel werden mindestens noch die Ausbildung der Eltern sowie deren berufliche Stellung abgebildet). Insofern existiert zwar eine Fülle gesicherter Befunde zur schichtspezifischen Bildungsungleichheit, bezüglich der Wirkungsform eines geringen Familieneinkommens auf ein Kinderleben besteht aber noch ein größeres Forschungsdesiderat.

Im Laufe eines Kinderlebens gibt es viele Schwellen, an denen sich ungleiche Bildungschancen typischerweise festmachen lassen. In Bezug auf die Integration von Kindern in vorschulische institutionelle Kinderbetreuungsangebote weisen Studien auf Unterschiede je nach Einkommen und elterlicher Bildung sowie z. T. auch dem Migrationsstatus hin. Unter-3-Jährige aus einkommensarmen Familien haben demnach wesentlich geringere Chancen, eine Kindertageseinrichtung zu besuchen, als Kinder aus Familien mit hohem Einkommen, und mit steigendem Haushaltseinkommen steigen auch die Chancen, eine Kita zu besuchen (vgl. Spieß 2008; Krapf/Kreyenfeld 2012; Deutscher Bundestag 2013, S. 113). Der aktuelle Sozialbericht NRW weist auf Basis von Schuleingangsuntersuchungen des Jahres 2014 darauf hin, dass der Anteil von Kindern, die weniger als zwei Jahre eine Kita besucht haben, bei Familien mit niedrigem Bildungsstand und nichtdeutscher Erstsprache überdurchschnittlich ist (MAIS NRW 2016, S. 284-285). Jedes zehnte der Kinder nichtdeutscher Familiensprache besucht dabei eine Kita, in der über 75 Prozent der Kinder aus Familien nichtdeutscher Familiensprache kommen. Für Kinder aus Familien mit niedrigem Bildungsstand zeigten die Schuleingangsuntersuchungen zudem überdurchschnittlich häufige Auffälligkeiten in Bezug auf die Sprachentwicklung (Pseudowörter), die visuelle Wahrnehmung, die Visuomotorik, das Zählen und die Körperkoordination, wobei sich ein „sehr deutlicher Zusammenhang zwischen der Dauer des Besuchs einer Kindertageseinrichtung und dem Vorliegen von Auffälligkeiten in den fünf Entwicklungsbereichen feststellen“ ließ (MAIS NRW 2016, S. 287).

Die AWO-ISS-Studie belegt mittels einer Wiederholungsbefragung von 6-, 10- und 16- bis 17-Jährigen die Auswirkungen familiärer Armut auf die Bildungsteilhabe. Sie zeigt, dass arme Kinder, die schon im Vorschulalter gehäufte Auffälligkeiten aufwiesen, ein deutlich höheres Risiko der Zurückstellung von der Einschulung und wesentlich geringere Chancen auf einen regulären Eintritt in die Regelschule hatten (vgl. Holz/Hock 2003, S. 62-63). Während der Grundschulzeit kumulierten die Armutsfolgen zu verlangsamten Wegen und häufigeren Klassenwiederholungen, wobei sich das Familieneinkommen und die Dauer etwaiger Armutsperioden als einflussreich erwiesen: Während nur 2,5 Prozent der 10-Jährigen aus wohlhabenden Familien eine Klasse in der Grundschule wiederholt hatten, traf dies auf 29 Prozent der armen Kinder zu, und mit der Armutsdauer stieg zudem das Risiko, sitzenzubleiben (vgl. Holz et al. 2005, S. 80-81). Das familiäre Einkommensniveau schlägt sich auch in den Durchschnittsnoten nieder: Je geringer es war, umso schlechter fielen die Durchschnittsnoten der befragten 10-Jährigen in allen Fächern außer in Sport aus (vgl. Holz et al. 2005, S. 83). Umgekehrt wiesen Kinder aus Familien mit einem Einkommen von mehr als 75 Prozent des Durchschnittseinkommens in allen Fächern (außer Sport) die besten Noten auf, während die Noten der Kinder aus Familien im prekären Wohlstand genau dazwischen lagen. Weniger eindeutig sind die Einflüsse verschiedener Faktoren auf die Frage, welche Schulform nach der Grundschule besucht werden soll: Hier wirken sich nicht nur die schlechteren Noten, sondern auch der familiäre Bildungshintergrund (der Mutter) insofern aus, als dass arme Kinder wesentlich seltener auf ein Gymnasium wechseln als nichtarme (vgl. Holz et al. 2005, S. 85).

Für 16- und 17-jährige Jugendliche unterscheidet die AWO-ISS-Studie die kulturelle Lage in die zwei Teildimensionen *Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten* sowie *Lern-/Bildungskompetenzen und Möglichkeiten der Bildungskompensation*. In Bezug auf die erste Teildimension sind arme Jugendliche im Vergleich zu nichtarmen wesentlich häufiger ‚auffällig‘ (33 bzw. 12 %), was sich in signifikanten Differenzen v. a. in einer seltenen Aktivität in der Internetcommunity, dem fehlenden Schulengagement und der Bildungsherkunft der Eltern manifestierte (vgl. Laubstein et al. 2012, S. 52-53). In der zweiten Dimension der formalen Bildungskompetenzen weisen 40 Prozent der armen und 21 Prozent der nichtarmen Jugendlichen ‚Auffälligkeiten‘ auf, was sich v. a. bei Schulnoten zeigt: Gemessen am Anteil derjenigen, deren Durchschnittsnoten schlechter als Drei sind, betragen die Unterschiede zwischen armen und nichtarmen Jugendlichen in Deutsch 20 Prozentpunkte (35 vs. 15 %) und in Mathematik 12 Prozentpunkte (40 vs. 28 %).

Auch andere Studien weisen vielfältige Folgen von familiärer Armut für den schulischen Bildungserfolg und den Kompetenzerwerb nach. So kommt Gebel (2011, S. 274) zu dem Ergebnis, dass sich besonders lang andauernde Armut in der frühen Kindheit (Vorschulalter) mit negativen Folgen für den späteren Schulerfolg niederschlägt. An der besonders sensiblen Schwelle des Übertritts von der Grundschule in die Sekundarstufe I zeigten Lauterbach und Lange (1998, S. 123), dass arme 10- bis 12-Jährige wesentlich häufiger auf eine Hauptschule wechseln und der Gymnasialbesuch seltener ist als beim Durchschnitt aller Kinder. Dies bestätigt sich auch in jüngeren Befunden (vgl. Beisenherz 2007; Tophoven 2011).

3.3 Freizeitaktivitäten

Freizeitaktivitäten bilden einen weiteren gewichtigen Faktor im Erlebnis-, Erfahrungs- und Sozialisationsraum von Kindern und für die non-formale Bildung. Das außerschulische Freizeitangebot für Kinder in Deutschland ist beachtlich und hat sich zudem in den letzten Jahren, auch bedingt durch den Ausbau schulischer Ganztagsangebote, an dem etwa in Nordrhein-Westfalen im Schuljahr 2012/13 bereits rund 70 Prozent der Schüler_innen in der Primarstufe und Sekundarstufe I teilnahmen (vgl. Klemm 2014, S. 13), weiter ausdifferenziert. Neben den nach wie vor existenten nichtkommerziellen (offenen) Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und von (Sport-)Vereinen hat sich ein wachsendes Segment kinderultureller Angebote wie Musik- und Computerschulen, Freizeit- und Erlebnisparks etabliert, deren Inanspruchnahme meist kostenträchtig ist (vgl. BMFSFJ 2005, S. 152). Diese außerschulischen Erlebnis- und Erfahrungsräume im kulturellen Bereich sind, wie die Armutsforschung zeigt, erheblich von den finanziellen Spielräumen der Familien abhängig (vgl. Chassé et al. 2003, S. 191; Holz/Skoluda 2003, S. 143; Engels/Thielebein 2011, S. 30-31). Die familiäre Einkommenssituation wirkt sich daher auch maßgeblich auf die Teilhabe von Kindern an kulturellen Freizeitangeboten und anderen institutionellen Netzwerken aus. Kinder aus armen Familien sind darin erheblich eingeschränkt, fehlen ihnen doch meistens finanzielle Mittel für den Besuch von Vereinen, das Feiern von Kindergeburtstagen und die Nutzung kostenträchtiger kinderultureller Angebote.

Die zuvor erörterten beengten häuslichen Spielmöglichkeiten und infrastrukturellen Defizite des Wohnumfeldes schlagen sich auch in der Freizeitgestaltung sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher nieder. Insgesamt zeigt sich, dass die Mitgliedschaft in Vereinen oder organisierten Gruppen für Kinder aus oberen Sozialschichten selbstverständlich ist, während sie für Kinder mit finanziellen Einschränkungen in der Familie eher Ausnahmecharakter hat (vgl. auch zum Folgenden Leven/Schneekloth 2010, S. 104). Immerhin für 95 Prozent der in der World-Vision-Studie befragten 6- bis 11-Jährigen aus der Oberschicht war eine Mitgliedschaft in Vereinen oder sonstigen Gruppen eine Selbstverständlichkeit, während es für Altersgleiche der Unterschicht nur 42 Prozent waren. Sabine Walper (1999) führt solche Benachteiligungen unter anderem auf den Wohnraum, die Wohngegend sowie die durch eine schlechte materielle Lage der Familien eingeschränkten Transportmöglichkeiten zurück. Entscheidend hierfür ist, ob Freizeiteinrichtungen wie Schwimmbäder, Sportplätze, Vereine sowie andere Jugend- und Kultureinrichtungen fußläufig erreichbar sind, ebenso wie etwaige Kosten, die mit ihrer Nutzung verbunden sind. Arme Kinder verlagern häufig ihre Freizeitaktivitäten in Wohnungen, wodurch eine passive, konsumorientierte Nutzung häuslicher Medien verstärkt, die motorische Entwicklung der Kinder eingeschränkt und ihre Kommunikation mit Gleichaltrigen behindert werden kann. Gleichwohl sind für das Freizeitverhalten insbesondere von Jungen aus ökonomisch schlechter gestellten Familien weniger der familiäre Schutzraum und die organisierte Freizeitgestaltung als die Inanspruchnahme des offenen Straßenraums charakteristisch (vgl. Richter 2000, S. 192).

In Zeiten organisierter kommerzieller Freizeitgestaltung als ‚Normalfall‘ eines Kinderlebens sind die aufgrund finanzieller Engpässe dauerhaft eingeschränkten Kinder somit erheblich benachteiligt, da sie in ihren außerschulischen und -familiären Entwicklungsräumen weniger Anregungen erhalten. Insbesondere in benachteiligten Stadtteilen können Kinder aufgrund finanzieller Engpässe der Familien häufig keine (kommerziellen) freizeitkulturellen Angebote in Anspruch nehmen und sind auf wohnortnahe Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe angewiesen. Wenn zudem noch die familiären Wohnverhältnisse derart beengt sind, dass nicht ausreichend Kinderzimmer und Spielfläche vorhanden sind, wird auch der Besuch Gleichaltriger erschwert, was eine langfristige Einschränkung von Sozialkontakten und Isolationstendenzen für die Kinder nach sich ziehen kann. Arme Kinder im Grundschulalter besuchen gegenüber ihrer Vergleichsgruppe wesentlich seltener Schwimmbäder und Kinofilme, spielen eher mit ihren Geschwistern und Kindern aus dem unmittelbaren Wohnumfeld, sind stärker auf (wohnortnahe) institutionelle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe angewiesen und unternehmen seltener Tagesausflüge und Urlaubsreisen mit ihren Familien (vgl. Holz/Skoluda 2003, S. 174). Die Benachteiligung im Freizeitbereich verstärkt sich außerdem mit zunehmendem Lebensalter, da außerfamiliäre (und kommerzielle) Freizeitaktivitäten tendenziell eine steigende Bedeutung erlangen.

Im AWO-ISS-Kinderarmutskonzept wird die Freizeitgestaltung mittels verschiedener Indikatoren innerhalb der sozialen wie auch der kulturellen Lage thematisiert, weil es um Ressourcen wie auch (außerschulische) Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten geht. Die AWO-ISS-Untersuchung belegt, dass sich Freizeitaktivitäten von Kindern in familiärer Armut von jenen Gleichaltriger aus wohlhabenden Familien unterscheiden, so etwa bei 10-Jährigen im Jahr 2003/04, als 56 Prozent

Kinderarmut in Deutschland

Risikogruppen, mehrdimensionale Erscheinungsformen und sozialräumliche Ausprägungen

der nichtarmen, aber nur 30 Prozent der armen Kinder Mitglied in Vereinen waren (vgl. Holz et al. 2005, S. 76). Die Möglichkeiten zur sozialen Integration etwa in Bezug auf die Option, andere Kinder mit nach Hause zu bringen, den eigenen Geburtstag zu feiern oder zu Geburtstagen anderer eingeladen zu sein, unterschieden sich deutlich zwischen beiden Gruppen. Arme Kinder fanden danach „nicht nur einen begrenzten Raum zur Entwicklung und zur sozialen Integration, sondern es wird ihnen zugleich die Möglichkeit zum breiten Erwerb sozialer Kompetenzen genommen“ (Holz et al. 2005, S. 76).

Für 16- und 17-Jährige fand die AWO-ISS-Studie in der Teildimension der materiellen Teilhabe im Erhebungszeitraum 2009/10 heraus, dass nur die Hälfte der armen, aber drei Viertel der nichtarmen Jugendlichen gute Zugangsmöglichkeiten zu einem PC mit Internetanschluss hatten, woran i. d. R. auch die Möglichkeiten zum Erwerb digitaler Kompetenzen geknüpft sind (auch zum Folgenden: vgl. Laubstein et al. 2012, S. 48.). Bei den Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten im Bereich der non-formalen Bildung zeigen sich signifikante Differenzen bei dem häufig per Internet verlaufenden Kontakt zu Gleichaltrigen: 23 Prozent der armen, aber nur 11 Prozent der nichtarmen Jugendlichen chatten nicht im Internet oder sind in keiner Onlinecommunity aktiv. Einschränkungen wiesen arme Jugendliche zudem hinsichtlich ihrer Hobbys (46 % arme vs. 26 % nichtarme müssen sich hier einschränken) und in Bezug auf das Schulengagement außerhalb des Unterrichts auf, so etwa bei der Mitwirkung in Schülerzeitungen, Theatern oder AGs. Befragt nach den beliebtesten Freizeitaktivitäten, welchen die Jugendlichen mindestens einmal wöchentlich nachgehen, zeigte sich folgende Rangfolge:

Tabelle 4: Freizeitaktivitäten (mindestens einmal wöchentlich) der Jugendlichen nach ausgewählten Merkmalen und aktueller Armut – 2009/10

Rang	Indikator	Gesamt	Arm	Nichtarm	Geschlecht (w)	Migrationshintergrund
1	Musik hören	97 %	98 %	96 %		
2	im Internet surfen	94 %	86 %	95 %		
3	Fernsehen	94 %	92 %	92 %		
4	sich mit Leuten treffen	91 %	88 %	91 %		
5	chatten oder in Onlinecommunity aktiv sein	86 %	75 %	89 %		
6	nichts tun, abhängen	64 %	49 %	65 %		
7	Sport in der Freizeit, wie Rad fahren, Skaten, Kicken	63 %	51 %	66 %	-	+
8	Spielkonsolen oder Computerspiele spielen	52 %	47 %	52 %	-	
9	mit festem bzw. fester Freund_in zusammen sein	52 %	51 %	51 %		
10	etwas in der Familie unternehmen	49 %	54 %	47 %	+	+
11	Sport im Verein	46 %	29 %	52 %	-	
12	Videos/DVDs anschauen	42 %	43 %	39 %	-	

Kinderarmut in Deutschland

Risikogruppen, mehrdimensionale Erscheinungsformen und sozialräumliche Ausprägungen

13	Zeitschriften oder Magazine lesen	39 %	43 %	36 %		
14	in die Disco, in den Club oder zu Partys gehen	39 %	26 %	43 %		-
15	Bücher lesen	36 %	31 %	36 %	+	
16	Shoppen gehen	35 %	43 %	31 %	+	+
17	in die Kneipe/in ein Café gehen	28 %	24 %	30 %		
18	etwas Kreatives, Künstlerisches machen (Musik, Band, Malen, Theater...)	28 %	24 %	29 %	+	
19	Jugendfreizeittreffs, Jugendzentrum besuchen	15 %	16 %	13 %	-	+
20	etwas Kreatives, Künstlerisches in einem Verein machen	6 %	9 %	6 %		

Die kursiv und fett gedruckten Zahlen geben Hinweise auf signifikante Unterschiede, mindestens auf dem 95 %-Niveau, an, die anhand logistischer Regressionen mit Armut, Geschlecht und Migrationshintergrund geschätzt wurden. Gleichzeitig zeigen in den beiden rechten Spalten + bzw. – an, ob signifikante positive oder negative Effekte des Migrationshintergrundes bzw. des Geschlechts unter Kontrolle der beiden Variablen bestehen bleiben. So gibt es beim Freizeitsport zusätzlich einen Geschlechtseffekt, d. h. Mädchen treiben seltener Freizeitsport als Jungen, sowie unabhängig vom Vorliegen der Armut einen positiven Migrationseffekt, d. h. Migranten üben häufiger Freizeitsport aus.

Quelle: AWO-ISS-Kinderarmutspanel 2009/10. In: Laubstein et al. 2012, S. 87

Auffällig ist, dass in Verbindung mit der Nutzung von Medien stehende Aktivitäten am beliebtesten sind, da an der Spitze der beliebtesten Aktivitäten *Musik hören, im Internet surfen, Fernsehen, sich mit Leuten treffen* und *chatten oder in einer Onlinecommunity aktiv sein* standen. Vergleichsweise sehr wenige (insbesondere männliche) Jugendliche besuchen regelmäßig Jugendfreizeittreffs oder gehen künstlerischen Aktivitäten im Verein nach. Signifikante Unterschiede in der Freizeitgestaltung von armen und nichtarmen Jugendlichen finden sich nicht nur in den selteneren internetbezogenen Aktivitäten von Ersteren, sondern auch bei *nichts tun/abhängen*, bei *in die Disco, in den Club oder zu Partys gehen* sowie beim Sport, wobei die Unterschiede beim Vereinssport noch größer als beim Freizeitsport ausfallen.

Seit dem 1. Januar 2011 besteht für Kinder und Jugendliche im Bezug von Leistungen nach dem SGB II, dem SGB XII oder dem AsylbLG sowie von Wohngeld oder Kinderzuschlag die Möglichkeit, für die gesellschaftliche Teilhabe und Bildung Leistungen nach dem so genannten Bildungs- und Teilhabepaket zu beantragen. Bei den einzelnen beantragungsfähigen Komponenten handelt es sich unter anderem um Kostenübernahmen für Klassenfahrten und Nachhilfe, einen Mittagessenzuschuss in Kitas und Schulen, die persönliche Schulbedarfsausstattung oder einen Zuschuss in Höhe von 10 € monatlich (oder 120 € im Jahr), der ihnen nach § 28, Abs. 6 SGB II die „Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft“ bzw. das Mitmachen bei Sport, Kultur und Vereinen ermöglichen und direkt an die (zertifizierten) Anbieter ausgezahlt werden soll. Auch Angebote kultureller Bildung und Ferienfreizeiten werden damit bezuschusst. Inwiefern

diese nach dem richtungsweisenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 neu eingeführte (Sach- und Dienst-)Leistung den ihr gesetzten Anspruch genügt, „durch zielgerichtete Leistungen eine stärkere Integration bedürftiger Kinder und Jugendlicher in die Gemeinschaft zu erreichen“ (Deutscher Bundestag 2010, S. 104), ist umstritten und aktuell noch unterbelichtet. Die Bundesregierung geht im Vierten Armuts- und Reichtumsbericht von einer hohen Wirksamkeit und steigenden Inanspruchnahme aus und berichtet in Bezug auf die Leistung zur soziokulturellen Teilhabe, diese nähmen rund 15 Prozent der Berechtigten in Anspruch. Differenziert nach Altersgruppen sei die Inanspruchnahmequote der Teilhabeleistung zur Förderung einer gemeinschaftlichen Freizeitaktivität von 9,7 Prozent bei Kindern im Alter von 3 bis unter 6 Jahren auf 22,5 Prozent der 6- bis 11-Jährigen gestiegen, im Alter von 12 bis 17 Jahren liege sie bei 16,2 Prozent (vgl. BMAS 2013, S. 153). Der Paritätische Gesamtverband und der Kinderschutzbund beurteilen die Inanspruchnahme dieser BuT-Komponente folgendermaßen:

„Die Teilhabeleistungen sind deutlich zu gering bemessen: von Ferienfreizeiten werden Kinder tageweise abgemeldet, wenn kostenpflichtige Tagesausflüge auf dem Programm stehen; von 10 Euro im Monat lässt sich bestenfalls eine einzige Vereinsmitgliedschaft bestreiten und von Musikunterricht für 10 Euro im Monat können Eltern nur träumen. Zusätzlich anfallende Kosten für Ausrüstung oder Fahrtwege sind durch diesen Betrag in der Regel nicht abgedeckt“ (Der Paritätische Gesamtverband 2016b, S. 3).

Zwar sei im Mai 2013 eine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht worden, um zukünftig „auch weitere tatsächliche Aufwendungen“ zu berücksichtigen; da es sich hierbei jedoch um eine nur in Ausnahmen greifende Ermessensvorschrift handele, hänge es vor Ort von der Umsetzung im Einzelfall ab, ob ein Kind entsprechende zusätzliche Aufwendungen erstattet bekomme oder nicht, monierte der Paritätische (vgl. Der Paritätische Gesamtverband 2016b, S. 3). Die Mahnung des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Juli 2014, weitere Nachbesserungen bei den Regelsätzen insbesondere bei den Mobilitätskosten vorzunehmen, sei bislang noch nicht vom Gesetzgeber umgesetzt. Laut Haushaltspaneel PASS des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit stieg die Inanspruchnahme von Leistungen zur soziokulturellen Teilhabe von 12,1 Prozent der Berechtigten im Jahr 2012 auf 23,2 Prozent im Jahr 2014 an (vgl. auch zum Folgenden Tophoven et al. 2016, S. 59-60). Der Schlussbericht des IAB weist zudem aus, dass bis zum Jahr 2014 rund 60 Prozent der Berechtigten gar keinen Antrag auf eine der Leistungskomponenten des BuT gestellt hatten.

4 Sozialräumliche (Kinder-)Armutstrends

Für betroffene Kinder besonders problematisch ist ihre *räumliche Konzentration* in ohnehin benachteiligten Gebieten, die – in der soziologischen Tradition auch als sozialräumliche Segregation bezeichnet – umso ausgeprägter ausfällt, je kleiner die fokussierte Ebene ist (vgl. Friedrichs 1983, S. 34; Friedrichs/Triemer 2009).

Bezüglich der sozialräumlichen Entwicklungstrends von Kinderarmut lassen sich mehrere Entwicklungen ausmachen: erstens die Annäherung der Armutsquoten zwischen den neuen und alten Bundesländern sowie die Auseinanderentwicklung zwischen den Bundesländern; zweitens die Spaltung zwischen den Regionen sowie zwischen Stadt und Land; drittens die kleinräumige sozialräumliche Segregation innerhalb von Städten und Gemeinden.

Der erste Trend, die Bundesländerdisparitäten, weist einerseits auf ein sich sukzessive angleichendes Wohlstandsgefälle zwischen westlichen und östlichen Bundesländern hin: Während die Armutsgefährdung der (volljährigen) Bevölkerung von 2005 bis 2015 in den alten Bundesländern um 1,5 auf 14,7 Prozent anstieg, sank sie in den neuen Ländern einschließlich Berlin um 0,7 auf 19,7 Prozent (vgl. StBA 2016b). Auch der jüngste Armutsbericht des Paritätischen bestätigt diese Angleichungstendenz, wobei die in allen ostdeutschen Bundesländern von 2005 bis 2014 sinkenden Armutsrisikoquoten zuletzt von 16,9 Prozent in Brandenburg bis 21,3 Prozent in Sachsen-Anhalt reichten (vgl. auch zum Folgenden Der Paritätische Gesamtverband 2016a, S. 17). Andererseits stiegen die Armutsrisiken zwar in allen westlichen Bundesländern (mit Ausnahme Hamburgs) sowie in Berlin geringfügig an, der Zuwachs fand aber in unterschiedlichem Ausmaß statt: In Bayern stieg das Armutsrisiko bloß um 0,1 Prozent auf 11,5 Prozent, während es in NRW um 3,1 Prozent auf 17,5 Prozent zunahm. Die Bandbreite der Armutsrisikoquote reichte von 11,4 Prozent in Baden-Württemberg über 17,5 Prozent in NRW und dem Saarland bis Bremen als Stadtstaat mit 24,1 Prozent. Gesamtdeutsch betrachtet schreitet der seit 2006 zu verzeichnende fast kontinuierliche Anstieg der Armutsquote 2014 erstmals nicht fort: Der nur leichte Rückgang von 15,5 auf 15,4 Prozent im Jahr 2014 manifestiert sich zwar verteilt auf gleich 9 Bundesländer, in den bevölkerungsreichen Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Bayern stiegen die Quoten jedoch (von 17,1 auf 17,5 bzw. von 11,3 auf 11,5 %, vgl. Der Paritätische Gesamtverband 2016a, S. 18). In NRW stieg die Armut seit 2006 sogar um 26 Prozent (von 13,9 auf 17,5 %). Somit nehmen die Unterschiede zwischen wohlständigen und ärmeren Bundesländern insgesamt zu.

In Bezug auf Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren weisen Eric Seils und Jutta Höhne (auch zum Folgenden: Höhne/Seils 2016, S. 3-4) nach, dass die Armutsquote in den neuen Bundesländern, gemessen am Anteil der Kinder in Haushalten mit einem Einkommen von weniger als 60 Prozent des äquivalenzgewichteten Medianeinkommens an Altersgleichen, von 2005 bis 2014 um rund 5 Prozent auf 24,6 Prozent sank, während die Kinderarmut in den westlichen Bundesländern zuletzt 17,8 Prozent betrug und sich differenziert entwickelte: Die stärkste Zunahme von 20,4 auf 23,6 Prozent verzeichnete die Kinderarmutsquote in Nordrhein-Westfalen, womit sie

sich dem ostdeutschen Durchschnitt annähert, während sie in Bayern und Baden-Württemberg leicht sank.

Auch der Paritätische weist für Kinder unter 15 Jahren nach, dass das in Ostdeutschland höhere Risiko, in einem ‚Hartz-IV-Haushalt‘ aufzuwachsen (‚SGB-II-Quote U15‘), im Zeitverlauf von 2005 bis 2010 von 29 auf 25 Prozent deutlich abnahm, während es in den westlichen Bundesländern geringfügig um 0,2 auf 13,4 Prozent anstieg (Der Paritätische 2012, S. 20-21). Die in Ostdeutschland deutlich höheren Kinderarmutsdaten werten die Kinderarmutsforscher um Karl-August Chassé (2003, S. 26) und Margarita Zander als „wahrhaft alarmierend“.

Der **zweite sozialräumliche Trend** sind die wachsenden regionalen Armutsdisparitäten, die man etwa an den Anteilen von Kindern im SGB-II-Bezug festmachen kann. In den 402 Kreisen (Landkreisen und kreisfreien Städten) reichte die SGB-II-Quote von Unter-15-Jährigen von 42,1 Prozent in der Stadt Bremerhaven bis 2,1 Prozent im Landkreis Eichstätt, wobei 16 Gebietskörperschaften (darunter Bremerhaven und Gelsenkirchen, insbesondere aber alle Großstädte) eine Hilfequote von über 30 Prozent und 44 Landkreise, vornehmlich in Bayern und Baden-Württemberg, eine solche von unter 5 Prozent verzeichneten (vgl. BIAJ 2016, S. 2).

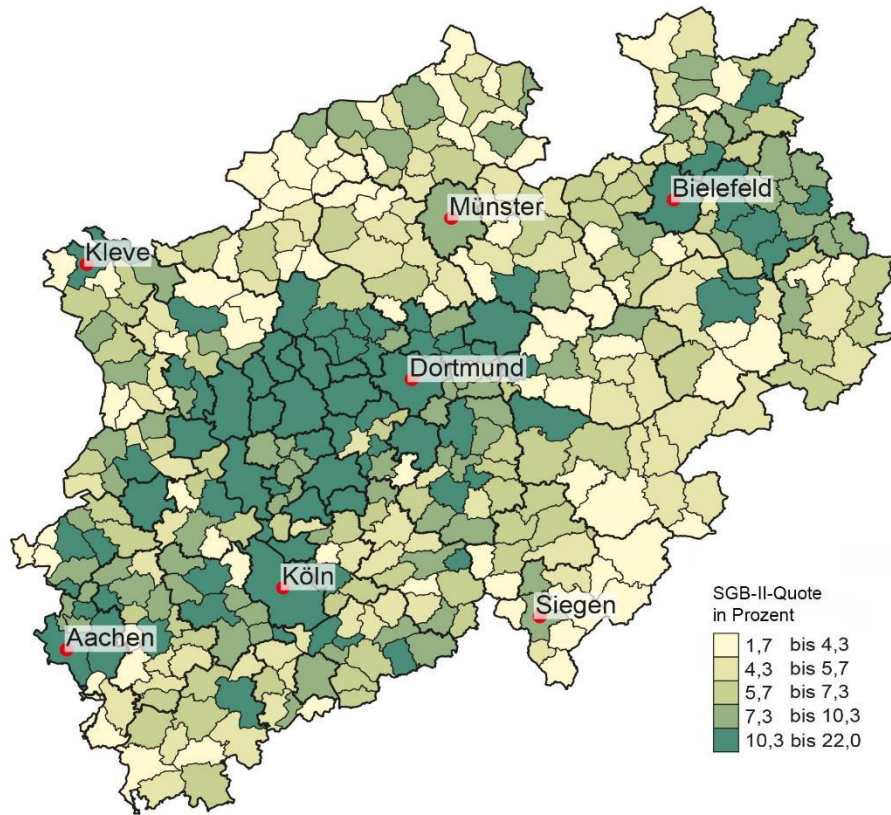
Insbesondere das Ruhrgebiet mit seinen rund 5 Mio. Einwohner_innen verzeichnet seit Jahren eine wachsende Armut: Während die Armutsquote dort seit 2005 von 16,2 auf 20 Prozent stieg, nahm auch die SGB-II-Quote von 14,5 auf 16,4 Prozent zu, was den Paritätischen veranlasst, diesbezüglich von der „armutspolitischen Problemregion Nummer 1 in Deutschland“ zu sprechen (vgl. Der Paritätische Gesamtverband 2016a, S. 18). Der Sozialbericht NRW weist diesbezüglich darauf hin, dass sich die Autobahn A 40 von Duisburg nach Hamm als Sozialäquator erweise, da sich nördlich von ihr die hohen Armutsquoten manifestierten (vgl. MAIS 2016, S. 420).

Zudem hat sich ein **Stadt-Land-Gefälle** etabliert, da sich die arme Bevölkerung in Ballungsgebieten sowie in (Groß-)Städten konzentriert (vgl. Der Paritätische Gesamtverband 2015, S. 14). Dabei haben sich armutspolitisch neue Problemregionen wie das Ruhrgebiet herausgebildet, aber auch der Großraum Köln-Düsseldorf wird als eine solche beschrieben, weil dort die Armut enorm zugenommen hat. Laut NRW-Sozialbericht (2016, S. 211) hat die Armut von 2010 bis 2014 insbesondere in Ballungsrandzonen sowie in den Ballungskernen des Ruhrgebietes und des Rheinlandes zugenommen, während sie sich in den ländlichen Zonen kaum verändert hat.

Im Dezember 2015 lebten über 28 Prozent der 1,65 Mio. Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren im Hartz-IV-Bezug deutschlandweit in Großstädten mit mehr als 400 000 Einwohner_innen, Tendenz steigend (vgl. BIAJ 2016, auch zum Folgenden). In den 15 Großstädten betrug die Kinderarmutsquote durchschnittlich 23,4 Prozent, während sie im übrigen Bundesgebiet bei 12,6 Prozent lag. Auch hier offenbaren sich aber große Disparitäten: Während dies in Essen 31,5 Prozent der Kinder betrifft, waren es in München ‚bloß‘ 11,5 Prozent.

Die folgenden Abbildungen aus dem Sozialbericht NRW des Jahres 2016 illustrieren die SGB-II-Quoten in den Gemeinden (Abb. 1) und Bezirken (Abb. 2) in NRW im Jahr 2013.

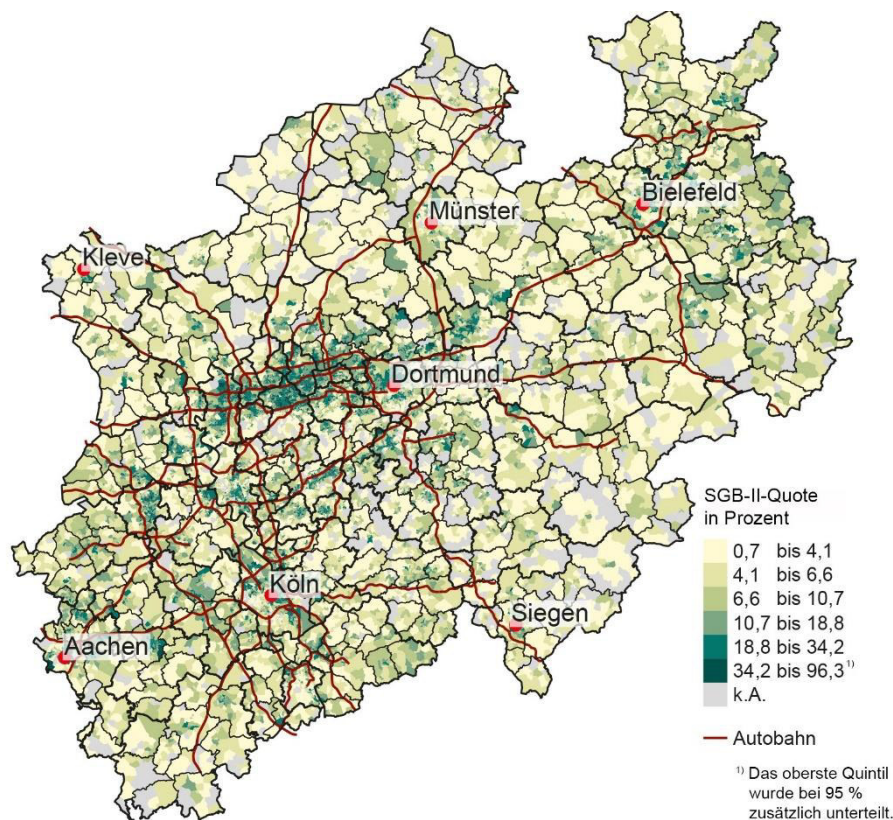
Abbildung 4: SGB-II-Quoten* in den Gemeinden in NRW 2013



*Anteil der Personen mit Bezug von SGB-II-Leistungen an der Bevölkerung unter 65 Jahren. Die Bevölkerungszahlen basieren auf der Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung 1987.

Quelle: MAIS 2016, S. 416

Abbildung 5: SGB-II-Quoten* in den Bezirken** in NRW 2013



*Anteil der Personen mit Bezug von SGB-II-Leistungen an der Bevölkerung unter 65 Jahren. Die Bevölkerungszahlen basieren auf der Fortschreibung der Ergebnisse der Volkszählung 1987.

** PLZ-8-Gebiete.

Quelle: MAIS 2016, S. 420

Die erste Abbildung unterstreicht die großen Disparitäten zwischen (Groß-)Städten und ländlichen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, während die zweite veranschaulicht, dass innerhalb der Gemeinden auf der kleinräumigen Ebene der (Postleitzahl-)Bezirke die Segregation noch stärker ausfällt (vgl. auch MAIS 2016, S. 420). Wenn es um die Armutsbekämpfung vor Ort geht, ist es somit vonnöten, Mittel zielgerichtet in den Sozialräumen zu investieren, in denen sich (Kinder-)Armut konzentriert: in den Stadtvierteln und Quartieren der Ballungsgebiete und in Großstädten mit einem hohen Sozialindex, wie es etwa das Landeszuschussprogramm *plusKITA* in NRW mit zusätzlichen (Personal-)Mitteln für die Sprachförderung in Kitas vornimmt, deren Umfeld eine hohe Dichte von Unter-7-Jährigen in SGB-II-Haushalten und Migrationsfamilien, in denen die Familiensprache nicht Deutsch ist, aufweist (vgl. MFKJS 2014). Hilfreich hierfür ist zudem ein sozialräumliches Monitoring, etwa wie es die Begleitforschung von *Kein Kind zurücklassen* im Rahmen einer Mikrodatenanalyse vorgenommen hat, um die Sozialräume mit einer hohen Dichte von Kinderarmut sowie die dort besonders betroffenen Einrichtungen (Kitas und Schulen) zu identifizieren (vgl. Strohmeier et al. 2016, S. 49-56)

Zu den Besonderheiten von Kinderarmut im ländlichen Raum gibt es wenig Erkenntnisse und einen größeren Forschungsbedarf (vgl. Laubstein 2016, S. 74). Einzelne Studien weisen darauf hin, dass die fehlende Mobilität und die kleineren Aktionsräume von Landkindern die Kontaktarmut der Kinder insofern begünstigen, als ihnen häufiger Spielkamerad_innen und beste Freund_innen fehlen (vgl. Chassé et al. 2003, S. 153). Die räumliche Beschränktheit auf den Nahbereich engt die Spielräume der Kinder und Jugendlichen massiv ein. Zudem zeigte sich auf dem Land eine stärkere Isolation von Familien als in der Stadt (vgl. Imholz/Wuttke 2004).

Mit dem **dritten sozialräumlichen Armutstrend**, der Spaltung der Städte sowie der innerstädtischen Armutskonzentration in benachteiligten Stadtteilen, hat sich die stadtsoziologische Armutsforschung unter den Stichworten soziale und ethnische Segregation und Quartiereffekte intensiv auseinandergesetzt (vgl. z. B. Friedrichs/Blasius 2000; Häußermann/Kapphan 2000). So nimmt in der Mehrzahl der Städte die Zahl der Armutsgebiete zu und zugleich verarmen die armen Gebiete innerhalb derselben weiter (vgl. Friedrichs/Triemer 2009, S. 34). Festgestellt wurde, dass der Wohnort selbst unter Umständen ausgrenzende Wirkung auf seine Bewohner_innen entfaltet (vgl. Häußermann/Siebel 2000, S. 134). Zwar wurden vielfach die Auswirkungen der Lebensbedingungen in Armutsquartieren auf deren Bewohner_innen untersucht, die Gruppe von Kindern und Jugendlichen blieb dabei aber meist unterbelichtet. Gleichwohl weist die sozialökologische Sozialisationsforschung auf die hohe Bedeutung der Umwelt mit ihren Ressourcen und Restriktionen für Kinder hin, was auch von der Kinderarmutsforschung bestätigt wurde.

Faktisch ist zu beobachten, dass sich innerhalb der regionalen und lokalen Armutsballungsgebiete ebenso wie in vielen Großstädten die Schere zwischen Arm und Reich auf Quartiersebene weiter öffnet. So konstatiert die Stadt Köln, dass die sozialräumliche Segregation zunimmt:

„In den 86 Stadtteilen Kölns reicht die Kinderarmutsquote von 0% bis 58% [Anmerkung CaB: in Hahnwald bzw. Finkenberg]. Es ergibt sich also eine deutliche sozialräumliche Differenzierung der Betroffenheit von Armutslagen bei Kindern. Schaut man noch kleinräumiger auf die Ebene der knapp 300 Stadtviertel in Köln, dann geht die Schere noch weiter auseinander. Die Bandbreite der Kinderarmutsquoten reicht dann von 0% bis 78%.“ (Stadt Köln 2016, S. 16)

Die Untersuchung von Gross und Jehles (2015, S. 24) bestätigt diese Auseinanderentwicklung anhand stadtteildifferenzierter sozialräumlicher Daten auch für die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen am Beispiel von Mülheim a. d. Ruhr. Die dortigen SGB-II-Quoten der Unter-6-Jährigen streuen demnach von bis zu 56 Prozent bei einigen nördlichen Stadtteilen bis unter 10 Prozent in den südlichen Vierteln.

Diese Auseinanderentwicklung macht auch nicht vor Bildungsinstitutionen wie Kitas und Grundschulen Halt. Beobachtbar ist, dass es mehr und mehr Einrichtungen gibt, in denen sich Kinder aus benachteiligten Familien konzentrieren, während andere Einrichtungen trotz vergleichbarer räumlicher Lage davon verschont bleiben und sich zu Anlaufstellen für Kinder aus besser gestellten Familien entwickeln. Groos und Jehles (2015, S. 25) stellten hierzu fest, dass die SGB-II-

Quoten der 24 untersuchten Grundschulen mit einer Streuung von 7 bis 82 Prozent noch deutlich über das Ausmaß der oben erwähnten sozialräumlichen Segregation in Mülheim a. d. Ruhr hinausgingen. Die Autor_innen führen diese noch tiefer greifende Schulsegregation auf die freie und damit sozial stark selektive Grundschulwahl der Eltern zurück, die es in NRW seit dem Schuljahr 2008/09 gibt. Mit anderen Worten: Die sozial homogene Zusammensetzung der Schülerschaft an Grundschulen richtet sich nicht nur nach dem (räumlichen) Einzugsgebiet, sondern wird durch eine selektive Schulwahl von Eltern noch verstärkt, sodass sich auch die Schullandschaft weiter in Schulen mit Schüler_innen aus wohlhabenderen und in solche mit Schüler_innen aus einkommensarmen Familien auseinander dividiert. Eine solche Auseinanderentwicklung der Einrichtungslandschaft macht sich sogar schon bei Kindertagesstätten bemerkbar.

5 Zusammenfassung und Fazit

Der vorliegende Beitrag zeigt, dass Kinderarmut forschungsanalytisch üblicherweise mittels des Maßes relativer Armut oder des Anteils von Kindern in Haushalten mit SGB-II-Bezug erfasst wird und demzufolge etwa jedes vierte Kind in Deutschland in einer von Einkommensarmut bedrohten Familie aufwächst. Hochrisikogruppen für Armut sind demnach Kinder und Jugendliche aus Haushalten Erwerbsloser sowie aus alleinerziehenden und kinderreichen Familien oder solchen mit Migrationshintergrund.

Dass die jüngste Zuwanderungswelle von Flüchtlingen und Asylsuchenden der Jahre 2014 bis 2016 eine erneute Ethnisierung der Kinderarmut in Deutschland insofern auslöst, als dass Flüchtlinge die hiesige Gesellschaft langfristig sozialstrukturell unterschichten, kann allenfalls vermutet werden, da valide Daten noch nicht zur Verfügung stehen. Immerhin zeigen Daten der jüngeren Vergangenheit besonders hohe Armuts- sowie SGB-II-Quoten von Minderjährigen aus den aktuellen Hauptherkunftsgebieten der Flüchtlingszuwanderung. Welche Wirksamkeit die jüngsten ausländerpolitischen Entscheidungen wie die der Asylpakete I und II, des Integrationsgesetzes oder die Verordnungen in Bezug auf den Arbeitsmarktzugang und die (berufsbezogene) Sprachförderung für die Rahmenbedingungen zur Integration entfalten, ist noch nicht absehbar, wenngleich sich bei der Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge schon jetzt vielfältige Problembereiche und Hindernisse abzeichnen (vgl. Brücker et al. 2016).

In Bezug auf die Befunde der Kinderarmutsforschung zu Lebenswelten von armen Kindern und Jugendlichen in den Dimensionen des Wohnens und Wohnumfeldes, der kulturellen Lage und der Bildungsteilhabe sowie der Freizeitaktivitäten wird deutlich, dass ein Kinderleben unter Bedingungen familiärer Armut schon im frühen Kindesalter von hohen Risiken für vielfältige Benachteiligungen gekennzeichnet ist und sich diese Risiken mit steigendem Lebensalter länger in andauernder Armut manifestieren. Dies betrifft beispielsweise negative Auswirkungen auf kindliche Sozialkontakte unter beengten Wohnbedingungen (Einladungen, Besuche und Kindergeburtstage) oder eine passive innerhäusliche Freizeitgestaltung (Fernsehen) wie auch verstärkte Auffälligkeiten von Kindern in ihrem Spiel-, Sprach- und Arbeitsverhalten, was sich in späterem Alter oftmals in geringerem Schulerfolg und einer risikoreicheren Bildungsbiografie niederschlägt. Da sich familiäre Armut insbesondere im Vorschulalter nachteilig für den späteren Bildungsweg von Kindern niederschlägt, wären (sozial- und bildungs-)politische Interventionen gerade in der Vorschulphase angebracht, um langfristig nachteilige Folgen zu verhindern (vgl. Gebel 2011, S. 276). Hinzu kommt, dass familiäre Einkommensarmut die Teilhabe von Kindern und insbesondere Jugendlichen an kommerziellen Angeboten kultureller, sportlicher, musischer und kreativer Freizeitaktivitäten verhindert und sie auf kostenfreie Angebote etwa der offenen Jugendarbeit und des näheren Wohnumfeldes verweist, wobei sich die Freizeitgestaltung der Geschlechter deutlich unterscheidet. Auch im besonders jugendrelevanten Bereich der Medienutzung zeigt sich eine Benachteiligung im Zugang zum Internet und im Erwerb entsprechender Medienkompetenzen. Ob die eigens zu beantragenden Leistungen des Bildungs- und Teilhabe Pakets für die soziokulturelle Teilhabe an Vereinen o. Ä. in Höhe von bis zu 120 € im Jahr dieses

Defizit beheben, ist nicht zuletzt angesichts der geringen Höhe von 10 € pro Monat sowie der noch geringen Inanspruchnahmequote zu bezweifeln.

Die zuletzt illustrierten sozialräumlichen Trends der Entwicklungen von (Kinder-)Armut sind für die Entwicklung von Gegen- und Präventionsstrategien im Bund, in den Bundesländern, den Städten und den Kommunen relevant, zumal die Spaltung der Lebenslagen der Einwohner_innen zwischen wohlhabenden Gebieten und solchen, in denen sich Armut konzentriert, nicht nur zwischen den Regionen, sondern auch in den Städten und Gemeinden zunimmt: Um Armut wirksam zu bekämpfen, ist es notwendig, den Sozialstaat und insbesondere seine Mindestsicherungsleistungen wie SGB-II- und XII-Leistungen, Asylbewerberleistungen und die Grundsicherung im Alter auf eine armutsfeste Höhe auszubauen und vorgelagerte Sicherungssysteme wie die Arbeitslosen- und die gesetzliche Rentenversicherung zu erneuern, um (Kinder-, Erwerbslosen- und Alters-)Armut für Betroffene zu verhindern (vgl. Butterwegge 2011c; Der Paritätische Gesamtverband 2014b; Lutz/Hammer 2010; Hammer/Lutz 2015). Zur armutsfesten Sicherung für Kinder und Jugendliche hat der Paritätische Gesamtverband (2014a) gute Vorschläge unterbreitet. Zugleich sind Bund und Länder und Kommunen gefordert, gezielt Mittel für den sozialen Wohnungsbau, für Stadtentwicklung und die Verbesserung der sozialen und öffentlichen Infrastruktur in die Kommunen und die Sozialräume zu lenken, in denen sich Armut konzentriert. Es gilt, der Auseinanderentwicklung zwischen den Bundesländern, ihren Regionen sowie zwischen Stadt und Land entgegenzuwirken, auch um die ‚Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse‘ derart (wieder-)herzustellen, dass die Chance für Kinder, im Wohlbefinden aufzuwachsen, nicht von ihrem Wohnort und dessen kommunalen Finanz(nöt)en abhängt. Diese Herausforderung stellt sich insbesondere für die kommunale Stadtentwicklung, die gefragt ist, sozialräumliche Präventions- und Interventionsprogramme zu verknüpfen.

Literatur

- Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun/TNS Infratest Sozialforschung (2015): 17. Shell Jugendstudie. Jugend 2015, Hamburg: Fischer.
- Albert, Matthias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun (2015): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. In: Albert, Matthias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun/TNS Infratest Sozialforschung: Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch, Frankfurt a.M.: Fischer, S. 375-387.
- Baum, Detlef (1998): Armut durch die Stadt oder Urbanisierung der Armut. Städtische Jugend im sozialen Brennpunkt – Bedingungen und Folgen räumlicher und sozialer Segregation in einem städtischen Kontext. In: Mansel, Jürgen/Brinkhoff, Klaus_Peter (Hrsg.): Armut im Jugendalter. Soziale Ungleichheit, Gettoisierung und die psychosozialen Folgen, Weinheim/München: Juventa, S. 60-75.
- Bieligk, Andreas (1996): Die armen Kinder. Armut und Unterversorgung bei Kindern. Belastungen und ihre Bewältigung, Essen: Die blaue Eule.
- Beisenherz, H. Gerhard (2007): Wohlbefinden und Schulleistung von Kindern armer Familien. In: Alt, Christian (Hrsg.): Kinderleben – Start in die Grundschule. Band 3: Ergebnisse der zweiten Welle, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 189-211.
- Berger, Eva M./Groh-Samberg, Olaf/Spieß, Katharina C. (2008): Overcoming disparities and expanding access to early childhood services in Germany. Policy Considerations and Funding Options. UNICEF Innocenti Research Centre Working Paper No. 3, Florence: UNICEF Innocenti Research Centre.
- Bertram, Hans/Kohl, Steffen (2010): Zur Lage der Kinder in Deutschland 2010. Kinder stärken für eine ungewisse Zukunft, Köln: Deutsches Komitee für UNICEF.
- Bertram, Hans/Kohl, Steffen/Rösler, Wiebke (2011): Zur Lage der Kinder in Deutschland 2011/12. Kindliches Wohlbefinden und gesellschaftliche Teilhabe. Köln: Deutsches Komitee für UNICEF.
- Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) (2016): BIAJ-Kurzmitteilung Kinder im Alter von unter 15 Jahren in SGB II-Bedarfsgemeinschaften (Hartz IV) im Bund, in den Ländern und in den Kreisen (Dezember 2010 bis Dezember 2015) vom 8.4.2016, <http://biaj.de/archiv-kurzmitteilungen/752-kinder-im-alter-von-unter-15-jahren-in-hartz-iv-laender-und-kreisvergleich-2010-bis-2015.html> (Zugriff: 03. Aug. 2016).

Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen/Gostomski, Christian Babka von/Böhm, Axel/Fendel, Tanja/Friedrich, Martin/Giesselmann, Marco/Holst, Elke/Kosyakova, Yuliya/Kroh, Martin/Liebau, Elisabeth/Richter, David/Romiti, Agnese/Schacht, Diana/Scheible, Jana A./Schmelzer, Paul/Siegert, Manuel/Sirries, Steffen/Trübswetter, Parvati/Vallizadeh, Ehsan (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten. Flucht, Ankunft in Deutschland und erste Schritte der Integration. IAB-Kurzbericht Nr. 24, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit, <http://doku.iab.de/kurzber/2016/kb2416.pdf> (Zugriff: 07. März 2017).

Bundesministerium des Innern (2016): Asylzahlen für das 3. Quartal 2016 veröffentlicht. Pressemitteilung vom 12.10.2016, <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/10/asylantraege-september-2016.html> (Zugriff: 17. Okt. 2016).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2016): Aktuelle Zahlen zu Asyl (08/2016), Nürnberg. http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-august-2016.pdf;jsessionid=DA8C8631BBE1E20201F09388A5DB114B.1_cid294?__blob=publicationFile (Zugriff: 07. März 2017).

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.) (2001): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht, Berlin.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hrsg.) (2013): Lebenslagen in Deutschland. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht, Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (1995): Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens. Fünfter Familienbericht, Bonn.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (1998): Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland, Bonn.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2005): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, Berlin.

Butterwegge, Carolin (2010): Armut von Kindern mit Migrationshintergrund. Ausmaß, Erscheinungsformen und Ursachen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Butterwegge, Carolin (2011a): Absolute und relative Armut bei Kindern mit Migrationshintergrund. In: Hentges, Gudrun/Lösch, Bettina (Hrsg.): Die Vermessung der sozialen Welt. Neoliberalismus – extreme Rechte – Migration im Fokus der Debatte, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 133-144.

- Butterwegge, Christoph (2011b): Armut und Bildung. In: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung 4/2011, S. 411-414.
- Butterwegge, Christoph (2011c): Krise und Zukunft des Sozialstaates. 4. erweiterte und aktualisierte Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Chassé, Karl-August/Rasch, Konstanze/Zander, Margerita (2003): Meine Familie ist arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen, Opladen: Leske und Budrich.
- Clasen, Georg (2016): Existenzsicherung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz als Grundrecht, Update 16.4.2016, http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/AsylbLG_kurz.pdf (Zugriff: 20. Dez. 2016).
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband (Hrsg.) (2012): Arme Kinder – arme Eltern. Zahlen, Daten, Fakten, verfasst von Rudolf Martens, Berlin: Der Paritätische Gesamtverband.
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband (Hrsg.) (2014a): Kinder verdienen mehr. Erweitertes Konzept zur Sicherung des Existenzminimums und der Teilhabe junger Menschen, Berlin: Der Paritätische Gesamtverband.
- Der Paritätische Gesamtverband (Hrsg.) (2014b): 10 Forderungen des Paritätischen zur Reform von Hartz IV, Berlin, <http://www.10jahre-hartz4.de> (Zugriff: 31. Dez. 2016).
- Der Paritätische Gesamtverband (Hrsg.) (2015): Die zerklüftete Republik. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2014, verfasst von Nina Ricarda Krause, Berlin: Der Paritätische Gesamtverband.
- Der Paritätische Gesamtverband (Hrsg.) (2016a): Zeit zu handeln. Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2016, Berlin: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V.
- Der Paritätische Gesamtverband (Hrsg.) (2016b): Bilanz des Paritätischen Gesamtverbandes und des Deutschen Kinderschutzbund Bundesverbandes anlässlich 5 Jahre Bildungs- und Teilhabepaket, Hintergrundpapier zum Pressegespräch am 7. April 2016 in Berlin, Berlin.
- Deutscher Bundestag (2010): Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP. Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch, Drucksache 17/3404 vom 26.10., Berlin.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2013): 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Drucksache 17/12200, Berlin.

- Engels, Dietrich/Thielebein, Christine (2011): Lebenslagen in Deutschland – Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung. Zusammenhang von sozialer Schicht und Teilnahme an Kultur-, Bildungs- und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche, Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, https://www.bmas.de/Shared-Docs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/forschungsprojekt-a403-zusammenhang-soziale-schicht-kultur-kinder-und-jugendliche.pdf?__blob=publication (Zugriff: 19. Sept. 2016).
- Friedrichs, Jürgen (1983): Stadtanalyse. Soziale und räumliche Organisation der Gesellschaft, Opladen: Leske und Budrich.
- Friedrichs, Jürgen/Triemer, Sascha (2009): Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten. 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gebel, Michael (2011): Familiäre Einkommensarmut und kindlicher Bildungserfolg. In: Berger, Peter A./ Hank, Karsten/Tölke, Angelika (Hrsg.): Reproduktion von Ungleichheit durch Arbeit und Familie, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 259–278.
- Geißler, Rainer (2014): Die Sozialstruktur Deutschlands. 7. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Groos, Thomas/Jehles, Nora (2015): Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern. Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung. Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“, Werkstattbericht, Gütersloh: Bertelsmannstiftung [u. a.].
- Häußermann, Hartmut/Kapphan, Andreas (2000): Berlin. Von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990, Opladen: Leske und Budrich.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (2000): Wohnverhältnisse und Ungleichheit. In: Harth, Anette/Scheller, Gitta/Tessin, Wulf (Hrsg.): Stadt und soziale Ungleichheit, Opladen: Leske und Budrich, S. 120-140.
- Hauser, Richard (1989): Entwicklungstendenzen der Armut in der Bundesrepublik Deutschland. In: Döring, Dieter/Hauser, Richard (Hrsg.): Politische Kultur und Sozialpolitik. Ein Vergleich der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Armutsproblems, Frankfurt/Main: Campus, S. 117 – 146.
- Hauser, Richard (1995): Armut und Zuwanderung in die Europäische Union. In: Döring, Dieter/Hauser, Richard, Walter (Hrsg.): Soziale Sicherheit in Gefahr. Zur Zukunft der Sozialpolitik, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 148-182.

- Heckmann, Friedrich (1992): *Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen*, Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Hock, Beate/Holz, Gerda/Simmendinger, Renate/Wüstendörfer, Werner (2000): *Frühe Folgen – langfristige Konsequenzen? Armut im Vorschulalter 1999*, Frankfurt a.M.: ISS/Pontifex.
- Holz, Gerda/Skoluda, Susanne (2003): *Armut im frühen Grundschulalter. Abschlußbericht der vertiefenden Untersuchung zu Lebenssituation, Ressourcen und Bewältigungshandeln von Kindern im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt*, Frankfurt a.M.: ISS-Pontifex.
- Holz, Gerda/Richter, Antje/Wüstendörfer, Werner/Giering, Dietrich (2005): *Zukunftschancen für Kinder. Wirkungen von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit. Endbericht einer Langzeitstudie (1997-2004) im Auftrag des AWO-Bundesverbandes e.V.*, Bonn/Berlin: AWO-Eigenverlag.
- Hammer, Veronika/Lutz, Ronald (2015): *Neue Wege aus der Kinder- und Jugendarmut. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und sozialpädagogische Handlungsansätze*, Weinheim und München: Juventa.
- Höhne, Jutta/Seils, Eric (2016): *Special feature. Kinderarmut und Deutschland, Verteilungsmonitor, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI)*, Januar, http://www.boeckler.de/wsi_62998.htm (Zugriff: 20. Okt. 2016).
- Imholz, Barbara/Wuttke, Gisela (2004): *6. Strategien der Kinder zur Bewältigung von Armut im Stadt/Land-Vergleich*. In: Butterwegge, Christoph/Holm, Karin/Imholz, Barbara/Klundt, Michael/Michels, Caren/Schulz, Uwe/Zander, Margherita/Zeng, Matthias: *Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich*. 2. Auflage, Opladen: Leske und Budrich, S. 225-272.
- Jürgens, Olaf/Mauer, Andreas/Meyer, Eike/Voges, Wolfgang (2003): *Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes. Endbericht*, Bremen. http://www.bmas.de/Shared-Docs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/forschungsprojekt-a350-methoden-und-grundlagen-des-lebenslagenansatzes.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 07. März 2017).
- Klemm, Klaus (2014): *Ganztagsschulen in Deutschland. Die Ausbaudynamik ist erlahmt*, Gütersloh: Bertelsmannstiftung.
- Krapf, Sandra/Kreyenfeld, Michaela (2012): *Soziale Unterschiede in der Nutzung externer Kinderbetreuung für Ein- bis Sechsjährige. Gibt es Veränderungen im Zeitraum 1984–2009? Expertise im Rahmen des 14. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung*, www.dji.de/14_Kjb (Zugriff: 01. Jan. 2017).

- Laubstein, Claudia/Holz, Gerda/Seddig, Nadine (2016): Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche. Erkenntnisse aus empirischen Studien, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- Laubstein, Claudia/Holz, Gerda/Dittmann, Jörg/Sthamer, Evelyn (2012): „Von alleine wächst sich nichts aus...“. Lebenslagen von (armen) Kindern und Jugendlichen und gesellschaftliches Handeln bis zum Ende der Sekundarstufe I. Abschlussbericht der 4. Phase der Langzeitstudie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. Schriftenreihe Theorie und Praxis, Berlin: AWO-Eigenverlag.
- Lauterbach, Wolfgang/Lange, Andreas (1998): Aufwachsen in materieller Armut und sorgenbelastetem Familienklima. Konsequenzen für den Schulerfolg von Kindern am Beispiel des Übergangs in die Sekundarstufe I. In: Mansel, Jürgen/Neubauer, Georg (Hrsg.): Armut und soziale Ungleichheit bei Kindern, Opladen: Leske und Budrich, S. 106–128.
- Leven, Ingo/Schneekloth, Ulrich (2010): Die Freizeit. Sozial getrennte Kinderwelten. In: Hurrelmann, Klaus/Andresen, Sabine: Kinder in Deutschland 2010. 2. World Vision Kinderstudie, Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag, S. 95-140.
- Lutz, Ronald/Hammer, Veronika (Hrsg.) (2010): Wege aus der Kinderarmut. Gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen und sozialpädagogische Handlungsansätze, Weinheim und München: Juventa.
- Lietzmann, Torsten/Tophoven, Silke/Wenzig, Claudia (2011): Grundsicherung und Einkommensarmut. Bedürftige Kinder und ihre Lebensumstände, IAB-Kurzbericht Nr. 6, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit.
- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS NRW) (Hrsg.) (2016): Sozialbericht NRW 2016. Armuts- und Reichtumsbericht, Düsseldorf.
- Ministerium für Familie, Kinder, Jugend Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (MFKJKS) (2014): plusKITA, <https://www.mfkjks.nrw/pluskita> (Zugriff: 26. Dez. 2016).
- Richter, Antje (2000): Wie erleben und bewältigen Kinder Armut? Eine qualitative Studie über die Belastungen aus Unterversorgungslagen und ihre Bewältigung aus subjektiver Sicht von Grundschulkindern einer ländlichen Region, Aachen: Shaker-Verlag.
- Schönig, Werner (2005): Gibt es in Deutschland absolute Armut? Lebenslagentheoretische Rekonstruktion, empirische Schätzung und Handlungsansätze. In: Neumann, Lothar F./Romahn, Hajo (Hrsg.): Wirtschaftspolitik in offenen Demokratien. Festschrift für Uwe Jens zum 70. Geburtstag, Marburg: Metropolis, S. 217-232.
- Stadt Köln (2016): Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln – Planungszeitraum 2016 bis 2020 – Bestands- und Bedarfsanalyse, Maßnahmenplanung, Vorlagen-Nr. 2191/2016,

Köln. https://ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0050.asp?__kvonr=62637 (Zugriff: 07. März 2017).

Statistisches Bundesamt (StBA) (Hrsg.) (2006): Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA für Deutschland 2005, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2016a): Asylbewerberleistungen: 169 % mehr Leistungsberechtigte im Jahr 2015. Pressemitteilung Nr. 304 vom 05.09.2016, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2016b): Armutsgefährdung in Westdeutschland im 10-Jahres-Vergleich gestiegen. Pressemitteilung Nr. 334 vom 22.09.2016, Wiesbaden.

Strohmeier, Klaus P./Gehne, David H./Bogumil, Jörg/Micosatt, Gerhard/Görtz, von Regina (2016): Kein Kind zurücklassen! Kommunen in NRW beugen vor. Die Wirkungsweise kommunaler Prävention: Zusammenfassender Ergebnisbericht der wissenschaftlichen Begleitforschung, Gütersloh: Bertelsmannstiftung.

Tophoven, Silke/Wenzig, Claudia/Lietzmann, Torsten (2016): Kinder in Armutslagen. Konzepte, aktuelle Zahlen und Forschungsstand. IAB-Forschungsbericht, Nr. 11, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit.

Tophoven, Silke (2011): Schulleistung von Kindern und familiäre Einkommensarmut. In: Berger, Peter A./Hank, Karsten/Tölke, Angelika (Hrsg.): Reproduktion von Ungleichheit durch Arbeit und Familie, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 237-258.

Weisser, Gerhard (1956): Wirtschaft. In: Ziegenfuss, Werner (Hrsg.): Handbuch der Soziologie, Stuttgart: Enke, S. 970-1101.

Über die Autorin



Dr. Carolin Butterwegge

Carolin Butterwegge ist Diplom-Sozialarbeiterin und hat 2010 an der Universität Duisburg-Essen über *Armut bei Kindern mit Migrationshintergrund – Ausmaß, Erscheinungsformen und Ursachen* zum Dr. phil. promoviert. Seit 2014 ist sie als Lehrkraft für besondere Aufgaben in der Lehrerbildung der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln tätig, arbeitete lange in der interkulturellen politischen Erwachsenenbildung, für ver.di NRW im Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie als Abgeordnete im Landtag von Nordrhein-Westfalen (2010-2012). Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Kinderarmut, Migration und Integration(spolitik), Kinder-, Jugend- und Familienpolitik sowie Sozialpolitik.

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW)

Das Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (FGW) wurde mit Unterstützung des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen im September 2014 als eigenständiger, gemeinnütziger Verein mit Sitz in Düsseldorf gegründet. Aufgabe und Ziel des FGW ist es, in Zeiten unübersichtlicher sozialer und ökonomischer Veränderungen neue interdisziplinäre Impulse zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung zu geben und politische Gestaltungsoptionen für die Gewährleistung sozialer Teilhabe in einer sozial integrierten Gesellschaft zu entwickeln. Durch die Organisation innovativer Dialogformate und die Förderung zukunftsorientierter Forschungsprojekte will die neue Forschungsstelle die Vernetzung von Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen vorantreiben und den zielgruppengerechten Transfer neuer Forschungsergebnisse gewährleisten.

Weitere Informationen zum FGW finden Sie unter: www.fgw-nrw.de

Der Themenbereich „Integrierende Stadtentwicklung“

Zentrale Aufgabe des Themenbereichs Integrierende Stadtentwicklung des FGW ist es, eine integrative Stadtpolitik auf der Grundlage eines sozial-räumlichen Lastenausgleichs in den genannten Themenfeldern zu unterstützen. Dabei ist das bereits vorhandene Handlungs- und Erfahrungswissen im Sinne einer integrativen Stadtpolitik zusammen zu führen, sind jeweils lokal dominante Spannungsfelder und Konflikte zu benennen und Möglichkeiten der Entwicklung aufzuzeigen. Die Ergebnisse dieser Arbeit fließen in einen übergeordneten Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft ein. Durch Forschungssynthesen, die Förderung kleinerer und größerer Projekte sowie die Förderung eines ressort- und fachübergreifenden Dialogs der an der Stadt- und Regionalentwicklung beteiligten Akteure will der Arbeitsbereich Stadtentwicklung dazu beitragen, eine gesicherte Wissensgrundlage z.B. für ein Monitoring integrativer Stadtentwicklungspolitik und damit einen gemeinsamen Bezugsrahmen einer integrativen Stadtentwicklungspolitik zu schaffen.

Weitere Informationen zum Profil und zu den aktuellen Aktivitäten des Themenbereichs finden Sie unter:

www.fgw-nrw.de/stadtentwicklung
